

Arbeiter-Zeitung

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der KPD, Sektion der 3. Internationale
Mit der Illustrierten Beilage „Der Arbeiter“
Begründet von Bernhard Schützländer (März 1920) (Nr. 1)

Nr. 31855

Neujahrsgeschenk der Trustregierung:

Umsatzsteuer soll erhöht werden!

Berschärfte Massenausplünderung 1929 durch Heraufschraubung der Umsatz- und Getränkesteuer

(Sig. Ber.) Berlin, 2. Januar.
Am 14. Januar sollen, wie die bürgerliche Presse meldet, die Beratungen im Reichskabinett stattfinden, die sich mit der Gestaltung der Finanzlage beschäftigen. Zum Ausgleich des Defizits, das 300- bis 400 Millionen Mark beträgt, will der sozialdemokratische Reichsfinanzminister Dr. Silberling eine Erhöhung der Getränkesteuer vornehmen. Gleichzeitig plant Silberling die Erhöhung der Umsatzsteuer um einhalb Prozent vorzuschlagen. Die Reichstagsverhandlungen über den Etat werden, so nimmt man in parlamentarischen Kreisen an, nicht vor dem 10. Februar beginnen können. In Regierungskreisen ist man so optimistisch, anzunehmen, daß der Etat zum 1. April erledigt werden kann und so die Einbringung eines Kabinetts vorantreiben werden kann.
Die optimistische Auffassung in Regierungskreisen über die Verabschiedung des Etats ist sicherlich darauf zurückzuführen, daß zwischen den Ministern der Deutschen Volkspartei und der Sozialdemokratischen Partei volle Einmütigkeit über die verschärfte Ausplünderung der Massen durch Erhöhung der Massensteuern herrscht. Besonders alarmierend für alle Werktätigen ist die Ankündigung der Erhöhung der Umsatzsteuer. Die Umsatzsteuer

gehört mit zu den drückendsten Massensteuern der kapitalistischen Republik. Sie wird von jedem einzelnen Umsatz, das heißt jeder gewerblichen oder beruflichen Lieferung oder Leistung, erhoben. So ist eine Ware auf ihrem Herstellungs- oder Verteilungsgange vom Rohstoff bis zum veredelten Endprodukt und vom Erzeuger bis zum letzten Verbraucher den Besitzer wechselt, ist die Umsatzsteuer fällig. Dieser Umstand verleiht ihr den laminenhaften, ungeheuerlichen, verteilenden Charakter. Jetzt, in einer Zeit der dauernden Aufwärtsbewegung der Preise, der Massenarbeitslosigkeit, bedeutet die Umsatzsteuer eine Blutsteuer.
Unter dem Protest der Massen mußte die Umsatzsteuer durch das Gesetz vom 31. März 1926 auf 0,75 vom Hundert gesenkt werden.
Es überrascht durchaus nicht, daß die sozialdemokratische Koalitionsregierung, die den Massen im Jahre 1928 Verteuerung der Kohlenpreise, der Fahrpreise, Panzerkreuzer usw. beschert hat, nunmehr als Neujahrsgeschenk für 1929 die Erhöhung der Umsatzsteuer ankündigt.
Auf dieses Attentat der Trustregierung auf die Existenzhaltung der Werktätigen muß ein Massenprotest der breiten Verbraucherorgane antworten. — In Betrieb, Gewerkschaft, in allen Arbeiterorganisationen, unter allen Schichten der Werktätigen und des kleinen gewerblichen Mittelstandes muß die Agitation zum Kampf gegen die Aushungerungspolitik der Trustregierung aufgenommen werden.

daß Amerikas Rassen sich vor der Richtigkeit unserer Dem...
weisse und schwarze überlegen. Sie machen sich überall bemerkbar, sie werden von den Amerikanern nicht übersehen, sie werden den Russen nicht baren unterschlagen werden können.
So kann eine endliche Arbeiterregierung...
Freiheit in der ganzen Welt fördern und überdies noch durch diese Erdölge die Arbeiter Amerikas und Russlands für die Methoden der Sozialdemokratie gewinnen und damit der Sozialdemokratischen Internationale eine Schlagkraft verleihen, die sie über alle Kräfte macht!
Kautsky scheint also selbst nicht mehr so recht an das Gelingen gegenrevolutionärer Aufstände in der Sowjetunion zu glauben. Ein Jahre proletarischer Herrschaft sind eine zu harte Last. Also hofft er, daß die sozialdemokratischen Ideen und Methoden, die man heute dem russischen Arbeiter noch vorenthält, im nächsten Jahre tiefer in die Hirne der russischen Proletarier eindringen und sich so von der Richtigkeit der reformistischen Apologie an Hand der Politik der kommenden englischen Arbeiterregierung überzeugen werden. Hier kann man nur antworten: Armer Kautsky!



„Dein Körper gehört Dir“ unter Anklage

Die Oberstaatsanwaltschaft in Hamburg hat gegen den verantwortlichen Redakteur der kommunistischen „Hamburger Volkszeitung“, Genossen Wienicke, ein Strafverfahren wegen Veröffentlichung des Romans „Dein Körper gehört Dir“ von Viktor Margwerth eingeleitet. Dieser Roman, der auch von uns veröffentlicht wird, ist in einer Reihe kommunistischer Zeitungen, ferner auch in der „Arbeiter-Illustrierte“, veröffentlicht worden. Es blieb den sozialdemokratischen Koalitionspolitikern in Hamburg vorbehalten, nachzusehen, daß sie sich von den reaktionären Sittlichkeitschamäleon und Altschug in nichts unterscheiden. Dieser Vorstoß des konsequenter Muderer geht sogar einem Teil der Bourgeoisie zu weit. Das „Berliner Tageblatt“ spricht von einer „neuen Anklage der Pressefreiheit in Hamburg“ und bezeichnet das Vorgehen der Hamburger Staatsanwaltschaft als einen Mißgriff. Auch die „Berliner Volkszeitung“ rügt stark diesen Justizfeldzug gegen die Literatur.

Schwere Gasvergiftung in Duisburg

Bisher fünf Todesopfer

III. Duisburg, 2. Januar. Im Stadtteil Wanheimerort an der Ecke Gärtnerstraße bemerkte man in den Abendstunden des Neujahrstages starken Gasgeruch. Als die Feuerwehr gerufen wurde, fand man in dem Hause Gärtnerstraße 36 einen Arbeiter mit seinen zwei Kindern im Alter von vier und zehn Jahren bereits tot auf, während in den Nachbarhäusern zahlreiche mehr oder weniger schwer an Gasvergiftung erkrankte Personen festgesetzt wurden, die in das Krankenhaus, eingeliefert wurden. Im ganzen sind ungefähr 17 Personen erkrankt, von denen zwei noch nach der Entlieferung ins Krankenhaus — eine Frau und ein Kind — gestorben sind, so daß sich die Zahl der Todesopfer auf fünf erhöht hat. Im dem Zuge der Gärtnerstraße ist die Ferngasleitung, und es ist noch nicht festgestellt, ob ein Ventilbruch der Gasleitung oder ein Bruch der Gasleitung selbst das Herausströmen des Gases in die Häuser der Gärtnerstraße veranlaßt hat. Von der Polizei sind fünf Häuser in der Gärtnerstraße von den Anwohnern geräumt worden.

Partei Sowjetrußlands und an die kommunistische Internationale.
Vor dem Jirkus fand die Polizei Zögels, die es offenbar nicht erwarten konnte, sich auf die Versammlungsteilnehmer zu stürzen. Besonders das Polizeiauto 13779 tat sich hervor. Brutal ließ die Polizei die Leute auf die Bürgersteige, und der Hauptmann, der sich besonders hervortat, feuerte die Beamten förmlich zum Dreinschlagen an. Zu weiteren Zusammenstößen kam es aber nicht mehr.
Im Saalbau Friedrichshain sprach Reichstagsabgeordneter Genosse Fritz Dietrich.

Gabinets
Sjasko-Lewjowski

Armer Kautsky!

Er will 1929 die russischen Arbeiter für die 2. Internationale gewinnen!
Der berühmte Theoretiker der 2. Internationale, a. s. K. a. u. t. s. k. y, der sich jederzeit für die offene Intervention und den gegenrevolutionären Kuffstand in der Sowjetunion anspricht, nimmt in der „Volkswehr“ in einem Neujahrartikel das Wort. Er beschäftigt sich darin vornehmlich mit den Unterhauswahlen in England, die er als eines der wichtigsten Ereignisse des kommenden Jahres bezeichnet. Er sieht einen Sieg der Arbeiterpartei voraus und glaubt an eine neue Arbeiterregierung. Diese soll nun:
„... hat die ökonomischen Kräfte der Nation in sinnlosem Wettstreit zu verschwenden, und dadurch die Kriegsgefahr zu steigern, durch energisches Abstreifen die Mittel zu weitgehenden Sozialreformen gewinnen und durch ihr Vorbild alle anderen Nationen, soweit sie demokratisch sind, zwingen, desgleichen zu tun, und so die mit Kriegserrohungen geschwängerte internationale Atmosphäre in eine eminent friedliche verwandeln.“ (!)
Wenig man sich daran erinnert, daß die erste englische Arbeiterregierung MacDonalds durch Einziehung von Bombengeschwadern gegen aufständische Eingeborene in Indien u. a. r. ihren Abstrümpfungs- und Friedenswillen demonstrierte, kann man für die Foraschlagen Kautskys nur ein mitleidiges Lächeln übrig haben.
Dann kommt das Originalzitat. Der alte Antihilfswissenschaftler Kautsky bedauert, daß die amerikanischen und russischen Arbeiter noch nicht „völkerverfeindlich“ 2. Internationale angehören. Und er stellt fest: „Der russische Arbeiter gehört zu den schlechtesten Arbeitern der Welt; er ist unruhig und arbeitet unter ganz rückständigen Bedingungen.“ Es ist dringend notwendig, die amerikanischen wie die russischen Arbeiter für die Arbeiterinternationale zu gewinnen. Das kann jedoch... nur dadurch erreicht werden,

10 Jahre K.P.D.

Ueberfüllte Massenandrangungen in Berlin Schamlose Polizeiprovolationen

(Sig. Ber.) Berlin, 1. Januar.
Aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens der K.P.D. fanden gestern zwei überfüllte Massenveranstaltungen statt, die Zeugnis von dem ungebrochenen revolutionären Kampfwillen des Berliner Proletariats ablegten. Lange vor Beginn hatten sich die beiden Riesensäle, der Jirkus Buisch und Saalbau Friedrichshain, mit Menschen gefüllt, die im Andenken an die am 15. Januar 1919 in Berlin ermordeten Gründer und Führer des Spartakusbundes, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, sich zusammengefunden hatten.
Als Redner sprach im Jirkus Buisch Reichstagsabgeordneter Genosse Ernst Thälmann. Seine Rede bildete einen geschichtlichen Abriss der Ereignisse in den vergangenen zehn Jahren, nicht ohne sich jener Ausbeuterüberlegungen zu bedienen, die bereits in der Vorkriegszeit und insbesondere während des Krieges in der Sozialdemokratischen Partei vor sich gegangen sind.
Genosse Thälmann richtete Grüße der deutschen kommunistischen Partei an die russischen Arbeiter und Bauern, an die kommunistische

Ein K.P.D.-Kamerad in der Silberkernnacht erschossen

Breslau, den 2. Januar. In Ergänzung der im Breslauer lokalen Teil wiedergegebenen Meldung einer bürgerlichen Korrespondenz über die Schießerei im Luna-Park wird uns nach Reaktionschluß noch mitgeteilt, daß der von der Polizei erschossene Arbeiter Scheife Mitglied des Roten Frontkämpferbundes war und durch einen Zufall in die Schlägerei hineingezogen wurde. Wir werden nach weiteren Erkundigungen auf den Fall noch zurückkommen.

Vor dem Kampf in der hannoverschen Metallindustrie

III. Hannover, 31. Dezember. Nach einer Mitteilung der Verwaltungsstelle Hannover des Deutschen Metallarbeiterverbandes, hat der Verband der hannoverschen Metallindustriellen auch den Manteltarif zum 31. Januar 1929 gekündigt. Am 22. November war bereits zum 31. Dezember 1928 der Lohnstarif von den Metallindustriellen gekündigt worden. Die Verhandlungen sind bisher ergebnislos verlaufen.

Ein politischer Anschlag gegen den französischen Konsul in Ragusa?

III. Ragusa, 2. Januar. Wie aus Ragusa gemeldet wird, erfolgte in der Nacht zu Dienstag im Zentrum der Stadt eine heftige Explosion. Wie sich herausstellte, sind gegen das Haus des Dr. Pirimija zwei schwere Petarden geschleudert worden. An dem Hause und den benachbarten Gebäuden wurden sämtliche Fenster Scheiben zertrümmert. Einzigere wesentlicher Schaden wurde nicht angerichtet. Es handelte sich offenbar um ein politisches Attentat, doch ist bisher weder die Herkunft der Geschosse bekannt, noch von den Tätern irgendeine Spur zu finden gewesen. Dr. Pirimija ist tschechoslowakischer und jugoslawischer Honorarconsul.

Beschluß des Politbüros zum Offenen Brief des C.K.N.D.

Das Politbüro des Z.K. der K.P.D. faßte in seiner Sitzung vom 31. Dezember folgenden Beschluß zum Offenen Brief des C.K.N.D. über die rechte Gefahr in der K.P.D.:

1. Das Politbüro begrüßt rückhaltlos die klare und entschiedene Stellungnahme des Präsidiums des C.K.N.D. zur rechten Liquidatorengruppe in der K.P.D. Das Politbüro erblickt in dem Offenen Brief des Präsidiums die höchste Unterbrechung des Kampfes der K.P.D. gegen die Feinde des Kommunismus innerhalb der eigenen Reihen. Die internationale Bedeutung des Beschlusses des Präsidiums ist ununtersetzbar. Der Offene Brief an die Mitglieder der K.P.D. wird in der Komintern einer der bedeutendsten Schritte sein, um die Rechte gefährdeten, Rechtsfraktionen und Rechtsfraktionen auch in den übrigen Bruderparteien schonungslos zu bekämpfen und zu liquidieren.

Der Beschluß des Präsidiums des C.K.N.D. ist gerade deswegen von hervorragender Bedeutung für den Kampf der K.P.D. gegen die rechte Liquidatorengruppe, weil er in der großen Linie die Notwendigkeit des klärenden und ununterbrochenen ideologischen Kampfes gegen den Opportunismus in den Reihen der kommunistischen Partei aufzeigt. Gleichzeitig zeigt der Offene Brief der K.P.D. den Weg zur restlosen Liquidierung der rechten Liquidatorengruppe, der bestehen muß in dem entscheidendsten ideologischen Kampf gegen das Liquidatorenentum, zeigt er, wie und wann im Verlauf dieses ideologischen Kampfes organisatorische Konsequenzen gezogen werden müssen. Das Politbüro begrüßt, daß vom Präsidium des C.K.N.D. nach der erfolgten Verhandlung mit den früheren Kandidaten des Zentralkomitees, Hausen und Galm, deren Ausschluß aus der kommunistischen Partei Deutschlands und aus der kommunistischen Internationale vollzogen worden ist. Ebenso trägt das Politbüro seine Befriedigung aus, daß der Beschluß des Präsidiums des C.K.N.D. offen und unumwunden ausgesprochen ist. Die Mitglieder der K.P.D., Beamten und Parteimitglieder, aus der K.P.S.D. und aus der kommunistischen Internationale sofort auszuschließen, wenn sie der Aufforderung, von der Zentralen Kontrollkommission der K.P.S.D. zu erscheinen, nicht Folge leisten werden. Das Politbüro des Z.K. der K.P.D. begrüßt ebenfalls die von dem Präsidium des C.K.N.D. in der letzten Sitzung der K.P.D. beschlossene Resolution, die die K.P.D. und aus der kommunistischen Internationale auszuschließen.

Das Politbüro des Zentralkomitees der K.P.D. hat mit dem Präsidium des C.K.N.D. besonders darin übereinstimmend, daß der ideologische Kampf gegen den Opportunismus und die Liquidatoren der rechten Liquidatorengruppe vor allem dazu ausgenutzt werden muß, um die Aktivierung der Parteimitglieder, die Verbesserung der Parteiführung und die Stärkung der Parteiführung herbeizuführen. Die Parteiführung der K.P.D. wird gemeinsam mit der Parteimitgliedschaft alle Kraft darauf verwenden, um die stärkste Auswirkung des Offenen Briefes auf alle Kommunisten und die revolutionäre Arbeit im Interesse der gesteigerten revolutionären Arbeit herbeizuführen.

Es gilt, auf der Linie der politischen Arbeit, was sie im Offenen Brief umrissen ist, die Reihen der K.P.D. zu schließen und die Partei zu einer festen, geschlossenen und zusammenhängenden, damit sie die großen Aufgaben der K.P.D. durchführen kann, die in der gegenwärtigen Periode der revolutionären Klassenkämpfe und der revolutionären Arbeit im Interesse der K.P.D. bestehen.

2. Das Politbüro begrüßt ebenfalls die klare und entschiedene Stellungnahme des Präsidiums des C.K.N.D. zur rechten Liquidatorengruppe in der K.P.D. Das Politbüro erblickt in dem Offenen Brief des Präsidiums die höchste Unterbrechung des Kampfes der K.P.D. gegen die Feinde des Kommunismus innerhalb der eigenen Reihen. Die internationale Bedeutung des Beschlusses des Präsidiums ist ununtersetzbar. Der Offene Brief an die Mitglieder der K.P.D. wird in der Komintern einer der bedeutendsten Schritte sein, um die Rechte gefährdeten, Rechtsfraktionen und Rechtsfraktionen auch in den übrigen Bruderparteien schonungslos zu bekämpfen und zu liquidieren.

fallt über, ob sie dem ist, die einseitige Front mit der Gesamtpartei gegen alle Feinde des Kommunismus zu bestehen.

Die Genossen Ewert und Meyer haben noch im letzten Moment versucht, die Beschlüsse der 31. Sitzung vom 14. Dezember zu durchkreuzen und damit den rechten Liquidatoren die Hilfeleistungen zu leisten (Telegramm an das C.K.N.D.): Nachdem die Komintern endgültig und entschieden gesprochen und geurteilt hat, erwartet das Politbüro von der Gruppe der Versöhnlern (Ewert, Meyer, Götze, Dietrich, Bede, Schröder, Schumann, Kurt), insbesondere von deren Vertretern am Politbüro, den Genossen Meyer und Ewert, daß sie ihre, die Partei schädigenden Feindschaften in und mit dem Politbüro einbringen.

Das Politbüro begrüßt die entschlossene Haltung der K.P.D. im Kampf gegen die rechte Liquidatorengruppe und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit diesen Genossen bekundete, wiederholt es auch heute diese Aufforderung. Gleichzeitig erinnert das Politbüro die Angehörigen der Versöhlergruppe daran, daß ihr Verharren auf dem selbstgewählten Standpunkt zwangsläufig zur Verschärfung der innerparteilichen Lage führen und die Anwendung entscheidender Maßnahmen zur Sicherung der Parteilinie zur Folge haben dürfte.

Das Politbüro fordert die Parteilichkeit im ganzen Reich

Ueber 100000 Erwerbslose in Niedersachsen

11. Hannover, 20. Dezember. Nach dem letzten Wochenbericht des Landesamtes für Arbeitssachen hat der Arbeitsmarkt im Bezirk des Amtes erneut eine nicht unbedeutliche Verschlechterung erfahren. Es kamen rund 11000 Erwerbslose hinzu, so daß die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger auf 101 673 Personen stieg. Auf 1000 Einwohner des Bezirks entfallen demnach 30,8 Hauptunterstützungsempfänger.

Gowjetnote an Polen

Warschau, 31. Dezember. Die Sowjetregierung hat gestern durch die Vermittlung der polnischen Gesandtschaft in Moskau eine vom stellvertretenden Kommissar für Auswärtiges Litwinow unterzeichnete Note an die polnische Regierung gerichtet. In dieser Note schlägt die Sowjetregierung mit Berufung auf den Beitritt der beiden Staaten zum Kellogg-Pakt vor, unabhängig von der Ratifizierung des Kellogg-Paktes durch die anderen Staaten ein besonderes Protokoll über die sofortige Intraffizierung der Bestimmungen des Kellogg-Paktes in bezug auf die polnisch-russischen Beziehungen zu unterzeichnen, das auf Grund des Artikels 3 des Pariser Protokolls als rechtsgültig erklärt werden soll.

Schwere Grubenunglücke in Südafrika

11. London, 26. Dezember. Nach Nachrichten aus Bulweria in Rhodesien ist im Verlauf eines Sturmes die Birtchday-Grube, das Eigentum einer britisch-jüdischen Gesellschaft, überdeckt worden. Eine Rettungsaktion konnte bisher einen europäischen und 14 eingeborene Arbeiter retten. 20 eingeborene Arbeiter werden noch vermisst. Die Ruiter aus Johannesburg berichtet, ereignete sich am Donnerstag auf der Robinson-Grube ein schweres Unglück, wobei ein europäischer und ein eingeborener Bergarbeiter ihr Leben verloren. Sechs europäische und 15 eingeborene Bergarbeiter wurden verletzt. Die Verletzungen von zwei Europäern sind lebensgefährlich.

auf, sofort in allen Bezirksgruppen und Parteien zu erklären und die Gefahr der Liquidation der Organe zu berichten.

Die Bezirksleitungen sind zu beauftragen, die Berichtserstattung und den Offenen Brief des Präsidiums des C.K.N.D. durchzuführen und über das Ergebnis zu berichten.

Die Stellungnahme der Parteigruppen und Parteifractions zum Offenen Brief durchzuführen werden auf folgender Basis:

a) Auf der Grundlage einer breit angelegten ideologischen Kampagne zur Überwindung der opportunistischen und bedingungslosen Sicherstellung der Parteilichkeit und zur Bewahrung seiner Kraft unter dem Einfluß der rechten Fraktion stehen.

b) Zur Durchführung eines systematischen Kampfes gegen die Verhältnismäßigkeiten gegenüber den Rechten, gegen die Rechte hemmt und die Liquidierung der rechten Auffassungen erschwert.

c) Zur Durchführung der innerparteilichen Kampagne zur Stärkung der Selbstkritik, um der Partei zu helfen, ihre Schwächen zu überwinden, was eine weitgehende Festigung der innerparteilichen Disziplin zur Voraussetzung hat (siehe politische Thesen des 6. Weltkongresses der Komintern).

d) Zur Anspannung und Mobilisierung aller Parteikräfte auf der Basis der Beschlüsse des 6. Weltkongresses und der im Offenen Brief des Präsidiums des C.K.N.D. enthaltenen politischen Linie und Direktiven, um die Partei reifer und vollkommener zu machen, die großen Aufgaben, die vor der Partei stehen, im Interesse des deutschen Proletariats zu lösen.

Das Politbüro des Z.K. der K.P.D.

Sozialdemokraten feiern Schlachtfest mit national. Liedern

In Falkenberg in der Provinz Sachsen ist der Amtsvorsteher der SPD-Mann Dietrich kürzlich war er zum Schlachtfest bei der Firma Erler eingeladen. Zu den Schlachtfestfreunden gehörten auch Wein, Weiß und Gefang. Der Sozialdemokrat sang aus voller Kehle die nationalitätlichen Lieder der kapitalistischen Klasse mit. Erster ist ein Bauunternehmer. Er hat mit Hilfe der SPD-Fraktion im Innern des Dorfes gelegenes Land zugekauft bekommen, mit dem er jetzt spekuliert. So sehen die Führer der SPD aus: sie machen gemeinsam Schiebergeschäfte mit den Kapitalisten, feiern mit ihnen gemeinsame Schlachtfeste und singen gemeinsam mit ihnen nationalitätliche Lieder.

Wolfsplage an der polnisch-litauischen Grenze

11. Warschau, 31. Dezember. Wie aus Warschau gemeldet wird, ist am Freitag in der Nähe des Dorfes Welozjzyna eine 60jährige Bettlerin von Wölfen überfallen und zerrissen worden. Wenige Tage zuvor wurde an der polnisch-litauischen Grenze ein Herbedieb ebenfalls von Wölfen gefressen.

Großer Fabrikbrand in Berlin. 11. Berlin, 31. Dezember. Ein großer Fabrikbrand kam am Silvesterabend in der Luisenstraße gegenüber der Charité zum Ausbruch. Als die Feuerwehr an der Brandstelle erschien, stand das Fabrikgebäude zu einem großen Teil in hellen Flammen. Die Feuerwehr mußte von der Tierärztenschule von der Straße aus mit sechs Schlauchleitungen, davon drei im fünften Stockwerk, vorgehen. Drei Löschzüge gelang es erst nach mehrtägiger Arbeit, das Feuer auf den Verb zu beschränken. Die Entstehungsurache war heute noch nicht zu ermitteln.

Gesicht zwischen englischen Fliegern und Wababiten. 11. Konstantinopel, 2. Januar. Nach Meldungen aus Bagdad kam es bei Mosul zu einem Gesichts zwischen einem englischen Flugzeugschwader und 150 wababilischen Kamelreitern. Die englischen Flieger warfen Bomben. 60 Wababiten sollen getötet worden sein.

Maskierte Räuber überfallen die Stationskasse in Loenen. 11. Köln, 2. Januar. Auf die Stationskasse in Loenen bei Köln wurde in der Silbesternacht von zwei maskierten Männern ein Raubüberfall ausgeführt. Nähere Einzelheiten waren bis zur Stunde weder bei der Kriminalpolizei noch bei der Reichsbahndirektion zu erfahren.

Dein Körper gehört Dir

Roman von Victor Marguerite
Berlin, Erich-Keil-Verlag

„Epirita!“
„Zimmer noch der Ludwig!“ Sie schaut aufmerksam nach dem Hügel, in der Richtung wird sie verschwinden, ohne daß die andere sie an den. Ein Felsen, noch einer. Geht sie weiter.
„Epirita!“
Der Wald breitet sein Unterholz vor ihr aus: die Bäume scheinen sich zwischen den Reihen der weißen und der Meerpinien. Ihre zarten Äste bedecken den Boden aus Nadeln und Moos.
Ein Schwarmer junger Fledhüner erhebt sich unter einer Myrte. Auf dem Gipfel fliebt er einen Augenblick stehen, blickt betrübt das Meer, das die Segel der heimkehrenden Fischerboote mit ihren roten Fläden bestreut.
„Wie schön!“
Die Landschaft sieht wieder aus wie immer. Die tausend kleinen Geräusche der Stille empfangen und begleiten sie. Die lächelnde Natur ist wieder ihre Freundin.

VI
Unschuldig sieht Sebastian Paccand im Auge, der ihn von La Verdiere nach Chateau-Rouge zurückbringen soll. Wiederum hat er, um hinter ihren Sinn zu kommen, die Leinwand entfaltet, die ihn drei Wochen vor seiner jetzigen Rückkehr auf seiner Rundreise erreicht hat und ihn zurückruft: „Komm rasch wieder, Kate. Ich brauche dich!“ Eine Krankheit? Ein Unfall?
Er deutet nur an sie, vergißt darüber sein verbotenes Wein, das ihn schmerzt. Auf die andere Kreuze weist er. Er zerstückelt das schwebende Blatt und steckt es in die Tasche, aus der er seine Pfeife und seinen Tabakbeutel nimmt. Starren Blickes zieht er mechanisch Worte auf Worte, ohne in dem Raum, der ihn umgibt, etwas anderes entdecken zu können als die schimmernden Ahnungen.
Endlich die bekannte Gegend, der aufsteigende Hügel, die ersten Häuser. Der Zug fährt in den Bahnhof ein. Da sitzt unter dem Schwarz der Fremden die gewohnten Gesichter: die Bahnbeamten, der Condit. Welch schnelle Nachricht wartet auf ihn und wird ihm brutal beim Fragen paden?

„Kate!“
„Du bist da?“ Er hatte so sehr gefürchtet, sie sei krank! — „Was ist denn los?“
„Gleich!“ Sei dir zu Hause!“
„Ist's schlimm?“
„Ja.“
„So schlimm, daß du's nicht schreiben konntest?“
„Ja.“
„Zum Teufel!“
Er befragt sie unterwegs, fragt oder auf einem Widerstand. In welchen Tiefen muß sie wohl ringen, daß das Gesicht sich noch nicht von ihr zu ihm, von Herz zu Herzen, wahr gebrochen hatte?
„Alles!“ befragt er, nachdem er die Läden geöffnet und Tür und Fenster geschlossen hatte.
Er hat sie an sich gezogen. Schaut ihr prüfend in die traurigen Augen und hebt in ihnen die Seele, die um Hilfe ruft. Ein langer Waid, in dem die Verzerrung des Kindes sich in die väterliche Liebe mischt, dem Trost sucht und eigenen Kummer abläßt.
„So schlimm ist's alle?“
„Ich bekomme ein Kind!“
Paccand steht verstarrt, sein Blick ist plötzlich hart, seine Zähne zusammengebissen, die Lippen neben seinem Esself. Mit dumpfer Stimme, gitternd beichtet sie. Von Zeit zu Zeit hallt er die Hände. Ihn beleidigt, daß sich ein Kulturmenschen betragt wie ein Wilder, ihn empört diese Schurkerei des Tyrannen, der ohne Gewissenhaft, wie man einen Ochsen abrichtet oder eine Fliege zerquetscht — vielleicht sogar mit einer eiteln, dummen Befriedigung — im Vorbeigehen ein Leben zerbrechen hat! Diese beleidigende Geringschätzung der Persönlichkeit und das Menschenleben, dieser niedrige Mißbrauch der Kraft, die um eines Augenblicks des Genusses willen riskiert, zwei Elendleben zu schaffen. Paccand hätte gewünscht, daß, da die Gehege verlagerten, die Sitten eines solchen Menschen mit der unerbittlichsten, niedrigsten Verachtung krochen. Und keine Möglichkeit, den lauberen Patron zu fassen, dessen Namen sie nicht einmal kennt! Sein Machtmittel gegen den Verbrecher! Ja, ja, er kannte es wohl, das alle Lieb: Die Mabels sind für die Purjchen gemacht! und den Strafen, der danach folgt: die Frau, die immer und in allem dem Mann unterlegen ist! Ja, ja, und auch die gallischen Epäpchen von Nadel und Gaben, Kerze und Lichtputzchen! — „Sie kommen wohl vom Nord, guter Mann? Die jungen Mädchen von heute braucht man nicht mehr so zu führen. Da muß man schon aufs Land gehen und zwar nach Chateau-Rouge, um eine Dumme zu finden, die sich gleich

beim erstenmal schwängern läßt! Die Fräulein E, Y oder Z, die eben aus dem Mädchenlyzeum entlassen sind, sind nicht so ungeschickt!“
Ein Wirbel von Gedanken, die sofort wieder verschwinden. Fragen, Barmärze, Neue... alles ist ausgesprochen. Er steht der Tatsache gegenüber. Er diskutiert nicht mehr. Er denkt nach und streicht dabei den fiebernden Kopf, der gegen seine Schulter lehnt.
„Werden wir vor allen Dingen nicht dramatisch. Wozu? Damit das Abenteuer bekannt wird? Es war schon Unrecht, daß du mit Rosa gesprochen hast.“
„Sie hat keine Ahnung, daß es sich um mich handelte.“
„Um so besser, dann können wir handeln, ohne daß es gleich ins Blättchen kommt. Wenigstens die Zukunft müssen wir zu retten suchen.“
Sie ruft verzweifelt:
„Die Zukunft, das heißt...“
„Das Kind... Du hast Recht: Das Attentat, das Verbrechen gegen deinen Willen... und unter den empörendsten Umständen.“
„Denke dran, Kate, daß du mich verhindert hast, Franz zu erfahren, den ich doch liebe, nur um das zu vermeiden, was nun geschehen ist.“
„Jedes Unternehmen hat zwei Seiten: eine berechenbare, die des Gelingens. Die andere unberechenbare des Scheiterns. Bei dir habe ich von ganzem Herzen auf die erste Karte gesetzt. Nun liegt die zweite vor uns. Das ist der Klug. Was will man machen? Das Schicksal führt den, der sich ihm anvertraut, und schleift den, der ihm widersteht. Du solltest das Leben sehr früh kennen lernen. Das stand nun mal geschrieben! Aber bei Licht besehen. Das Unglück läßt sich doch wieder gutmachen!“
„Das hoffe ich auch! Und ich rechne auf dich! In ein paar Tagen bringst du mich nach Paris!“
„Du hast noch Zeit! Vor...“ er rechnete... „vor drei Monaten wird man nichts von deiner Schwangerschaft bemerken können.“
„Nicht erst in drei Monaten! Gleich! Um...“
Ihre Blicke verstanden einander.
„Abzutreiben? Das niemals, Kleines!“
Epi wurde erregt:
„Hör, Rosa hat mir die Adresse einer fabelhaften Frau gegeben. Eine einfache Einprägung, und die Sache ist in Ordnung!“
(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlich: Für den politischen Teil Albert Dombrowski, für „Bericht und Kritik“ und „Waldenburg“ Wilhelm Wietow, für „Kreuzlauf“, „Bericht“ und die übrigen Beilagen Alfred Thoma, sämtlich in Breslau. — Für den obersten Teil Georg Paris, Hindenburg. — Für Inserate W. Gerber, Breslau

Das Wehrprogramm des Sozial-Imperialismus

Das Zentralorgan der SPD, der „Vorwärts“, veröffentlichte vor einigen Tagen die „Richtlinien der Wehrpolitik“, die dem Magdeburger Parteitag der SPD am 10. März 1929 vorgelegt werden sollen. In der Kommission zur Ausarbeitung dieser Richtlinien befanden sich neben Breitscheidt, Erbslön, Dittmann, Haubach, Böllermann usw. auch die „Linken“ Toni Sender, Ströbel und der Berliner „Linke“ Künstler.

Um es kurz zu sagen: dieses „Wehrprogramm“ beweist schlagend die Richtigkeit der kommunistischen Einschätzung der ganzen sozialdemokratischen Scheinmühsalerei über die Wehrfrage: all diese Diskussionen und „Wehrprogramme“, die Kommission und der Magdeburger Parteitag haben die Aufgabe, die Panzerkreuzerpolitik der Sozialdemokratie in offiziellen Beschlüssen zu fixieren, sie zu einem System auszubilden, sie zugleich durch „sozialistische“ Phrasen soweit es geht, zu maskieren. Der Kampf der „Linken“ in dieser ganzen Diskussion war ein Scheinkampf; nicht etwa ein Kampf gegen die Politik des Sozialimperialismus, sondern ein Kampf für möglichst revolutionäre Phrasen zu seiner Maskierung. Sie haben dabei eine Niederlage erlitten. Man hat ihnen das Spielzeug der revolutionären Phrasen nicht gegeben. Sie haben als Mitglieder der Kommission Kapitulerer: die vorliegenden Richtlinien sind ein offenes Wehrprogramm des Sozialimperialismus.

Die Einleitung zeigt, gegenüber der Resolution des Brüsseler Kongresses der „Sozialistischen Internationale“ eine Neuerung, indem sie an die Spitze die Anknüpfung an den Kellogg-Pakt setzt: „Die SPD. verurteilt den Krieg als Mittel der Politik!“

Eine nette Heuchelei im Munde einer Partei, die nicht nur vier Jahre lang den imperialistischen Krieg Wilhelms II. unterstützte, sondern auch aktiv als Führerin der Konterrevolution in einem blutigen Krieg in ganz Deutschland die Arbeiter- und Soldatenräte niedergeworfen hat (Moske 1919), die seit Jahren durch Bewilligung des Wehretats die Aufrüstungspolitik des neuen deutschen Imperialismus unterstützt!

Aber nicht genug damit: sogar in dem vorliegenden Dokument wird verdeckt mit dem Kriege gebrocht. Es heißt im zweiten Absatz sehr vieldeutig:

„Die Abrüstung wird nur dann dem Frieden dienen, wenn sie nicht eine einseitige Verpflichtung ist, wie sie den Besiegten des Weltkrieges durch die Sieger auferlegt wurde. Nur zwischen gleichberechtigten Nationen ist dauernder Friede zu erreichen.“

Das heißt also: Erhält Deutschland, das heutige imperialistische Deutschland, nicht die „Gleichberechtigung“, dann — ist Krieg möglich. Was heißt aber „gleichberechtigte Nationen“? Die Verfasser dieser Richtlinien zur Wehrpolitik verlangen Gleichberechtigung Deutschlands eben in der Schaffung einer imperialistischen Rüstung. Das ganze Versteckspiel der „historischen Mission der deutschen Republik als Vorkämpferin der internationalen Abrüstung“ ist nichts anderes als eine Heuchelei, ein Mandat der imperialistischen Außenpolitik, um die Freiheit zur unbefchränkten Rüstung zu erlangen.

Mit hinreichender Deutlichkeit findet diese Tendenz ihren Ausdruck in den Schlussätzen dieses Abschnittes des Wehrprogramms:

„Eine Verpflichtung der deutschen Republik, die ihr auferlegten Rüstungsbestimmungen ohne Rücksicht auf ihre politische und militärische Zweckmäßigkeit auszuführen, erkennt die SPD. nicht an.“

Es genügt, diese Formulierung aus einer negativen in eine positive umzuformulieren, um eine nackte Rechtfertigung der Panzerkreuzerpolitik darin zu erkennen: die SPD. erkennt eine Verpflichtung zur „Ausführung“ der Versailles Rüstungsbestimmungen nur (!) mit Rücksicht auf ihre militärische und politische Zweckmäßigkeit an. Nichts anderes tut auch die Bourgeoisie.

Im dritten Abschnitt wird versucht, eine prinzipielle Begründung dieser Haltung zu geben. Die Politik des 4. August 1914, der „Vaterlandverteidigung“, die in Wirklichkeit eine Verteidigung des Imperialismus ist, wird hier mit folgenden Worten gerechtfertigt:

„Nach droht aber die Machtpolitik imperialistischer und faschistischer Staaten mit konterrevolutionären Interventionen und neuen Kriegen. Deutschland kann als Aufmarschgebiet mißbraucht und wider Willen in blutige Verwicklungen hineingezogen werden.“

Solange diese Gefahren bestehen, und solange sie nicht durch sozialistische Regierungen (!) in den wichtigsten Ländern zum Verschwinden gebracht werden können, ist die deutsche Republik genötigt, zum Schutze der Selbstbestimmung ihres Volkes eine Wehrmacht aufrechtzuerhalten.“

Es ist selbstverständlich richtig, daß „die Machtpolitik imperialistischer und faschistischer Staaten mit konterrevolutionären Interventionen und Kriegen droht“. Aber wem? Der Sowjetunion! Dies sagt das Programm nicht! Will es etwa der Auslegung Raum geben, diese Interventionen drohten Deutschland? Zugleich wird verschwiegen, daß jene „deutsche Außenpolitik“, die die SPD. fordert und selbst durchführt — die Politik des Völkerbundes, der Westorientierung —, ebenso eine imperialistische Außenpolitik ist, ja, daß gerade sie die Gefahr konterrevolutionärer Interventionen in der U.S.S.R. und neuer Kriege mit sich bringt. Es ist ein unverkennbarer Betrug der Arbeiter, es so darzustellen, als ob die deutsche Hindenburg-Republik eine nichtimperialistische Politik treibe. Dies kann sie nicht, und tut es in der Tat nicht.

Was folgt aber daraus für den Kampf gegen konterrevolutionäre Interventionen und gegen die Verwandlung Deutschlands in ein Aufmarschgebiet des englischen und französischen Imperialismus gegen die Sowjetunion? Keineswegs die Notwendigkeit der Erhaltung einer Wehrmacht. Denn diese Wehrmacht wird ja eben darum erhalten, um an dem Kriege gegen die U.S.S.R. teilzunehmen, und zwar, um sich mit einem bestimmten Prozentsatz des Profits an diesem Kriegsgeschäft „beteiligen“ zu können. Der einzig wirkliche und revolutionäre Kampf gegen Interventionen und die Verwandlung Deutschlands in das Aufmarschgebiet ist der Klassenkampf des Proletariats zur Niederschaffung der Bourgeoisie, die Revolutionierung nicht nur der Arbeiter der Arbeiter, sondern auch der Soldaten, sowohl der deutschen Reichswehr als auch im Falle eines wirklichen Durchmarsches fremder Truppen, die Zerlegung dieser Truppen, so wie es die revolutionären Arbeiter 1923 im Ruhrgebiet getan haben.

Aber das sozialdemokratische Wehrprogramm „will ja die Frage dieses Kampfes gegen die Interventionen gar nicht wirklich stellen. Es beschränkt die verschwommenen Andeutungen nur, um unter dem Vorwand des Kampfes gegen Interventionen und Kriege die Politik der Aufrüstung des deutschen Imperialismus den Arbeitern als eine Politik in ihrem eigenen Interesse darzustellen.“

Das Heidelberger Programm forderte Umgestaltung der Reichswehr „zu einem zuverlässigen Organ der Republik“. In den gegen-

wärtigen Richtlinien wird nunmehr von einer „Einordnung der Reichswehr als dienendes Glied in die demokratische Republik“ gesprochen. Also sogar gegenüber dem Heidelberger Programm ein offenerer Rückschritt.

Ebenso zeigen die konkreten Forderungen — es sind zehn an der Zahl — einen Rückschritt gegenüber der Brüsseler Entscheidung über die Kriegsfrage. Dort heißt es: „Verfügungsgewalt der Parlamente über Heer und Flotte. Keine, auch keine teilweise, Mobilmachung ohne Parlamentsbeschluß. Kontrolle der inneren Heeresorganisation durch besondere Parlamentskommissionen.“ In dem neuen Dokument heißt es einfach: „Kontrolle des Reichstages über alle Verträge (!) der Heeresverwaltung.“ Also von einer Verfügungsgewalt des Reichstages über das Heer ist keine Rede mehr, auch die Forderung der Mobilisierung nur auf Parlamentsbeschluß wird fallen gelassen. Auf besondere Parlamentskommissionen zur Kontrolle wird verzichtet. Auch diese an sich völlig reformistischen Forderungen sind den Koalitionsinteressen der Sozialdemokratie geopfert worden.

Im Brüsseler Dokument lautet eine Forderung: „Aufhebung der besonderen Militärgerichte in Friedenszeiten.“ Auch der Brüsseler Kongreß war für das blutige Militärstrafrecht für Kriegszeiten im Frieden. Er wollte sie nur in Friedenszeiten beseitigt wissen. Die SPD. hat nun auch diese Forderung fallen gelassen. Sie fordert bloß (unter Punkt 8) „Demokratisierung des Disziplinarrechts und des Militärstrafrechts“.

Ähnlich geht es der Forderung auf gewerkschaftliche Organisation und politisches Wahlrecht der Soldaten. Diese Forderungen, die noch Julius Deutsch in seinem Artikel in der Dezembernummer der „Gesellschaft“ vertritt, wurden nicht mehr erwähnt. Es wird bloß die definierbare Formulierung gebracht „Sicherung der staatsbürgerlichen Rechte der Soldaten“.

Eine weitere Forderung heißt: „Keine Subvention an Privatfirmen, die mittelbar oder unmittelbar illegalen Rüstungen dienen.“

Werbekampagne: Zehn Jahre „Arbeiter-Zeitung“

Aus der Korrespondenzmappe unseres Verlages

Wreslau, 2. Januar.
Am 31. März 1929 jährt sich zum zehnten Male der Gründungstag der „Arbeiter-Zeitung“. Anlässlich dieses Gedenktages wird in den Monaten Januar—März eine großzügige Werbekaktion stattfinden. Der Verlag hat bereits Anfang Dezember an die Ortsgruppen die Aufforderung gerichtet, überall Werbeauschüsse zu bilden und die Vorarbeiten in Angriff zu nehmen.

Der Appell des Verlages hat ein freudiges Echo hervorgerufen.

In vielen Orten Schlesiens und Oberschlesiens sind die Genossen der Partei und der revolutionären Nebenorganisationen eifrig am Werk! Sie bilden Werbeauschüsse, bestellen Werbematerial, verteilen die Arbeit und sammeln Artikel für Artikel, die zur Unterstützung der Werbung veröffentlicht werden sollen. Um den noch säumigen Ortsgruppen zu zeigen, wie eifrig in vielen Orten mit der Arbeit bereits begonnen ist, entnehmen wir der Korrespondenzmappe des Verlages einige wahllos herausgegriffene Briefe.

Kenjaß, den 16. Dezember.
Zur Unterstützung der Kampagne fordern wir folgendes Material an: Werbeplakate auf Karton gebunden mit Dese, Werbeplakate zum Kleben, Flugzettel und Bestellheine. Von der Verteilung von Gratisexemplaren wollen wir vorläufig noch Abstand nehmen. Wir wollen erst Material zu einigen guten Berichten zusammentragen und bitten, uns von der Nummer Gratisexemplare zu senden, in der diese Berichte erscheinen.

Liegnitz, den 17. Dezember.
W. G.! In der letzten hiesigen Leitungssitzung wurde ein Werbeauschuss eingesetzt. Vorläufig gehören ihm Vertreter der Partei und des RFB. an. Die anderen Organisationen sollen hinzugezogen werden. Das von Euch herausgegebene Material halten wir für richtig. Wir beabsichtigen, die Werbekampagne großartig durchzuführen, z. B. Palastkauen durch die Straßen schießen, Wagen mit RFB-Musik durch die Straßen ziehen lassen usw.

Aufdeckung großer Betrügereien in Köln

Köln. Umfangreichen Betrügereien, die sie in diesem Ausmaß seit längerer Zeit nicht mehr vorgekommen sind, ist die Kriminalpolizei auf die Spur gekommen. Der Inhaber einer Kraftwagenhandlung hat Kraftwagen gegen Barzahlung verkauft, seinen Lieferanten gegenüber aber angegeben, daß die Bezahlung der Wagen mit Wechseln erfolgt sei. Die auch tatsächlich vorgelegten Wechsel waren aber von dem Händler in Gemeinschaft mit seinem Buchhalter gefälscht worden. Die auf diese Weise erschwundenen Gelder sollen sich auf fast eine halbe Million Mark belaufen.

Reichszählung der Geschlechtskranken

Berlin. Nach der Reichszählung der Geschlechtskrankheiten 1927, zu der von rund 95 v. D. der Ärzte und Krankenanstalten Meldungen eingetroffen sind, ist für dieses Zählungsjahr mit einem Jahreszugang von rund 370 000 Ge-

Die Sozialdemokratie hat also gegen illegale Rüstungen durch Staatsbetriebe nichts einzuwenden!

Die zehnte Forderung heißt: „Verbot der Verwendung militärischer Kräfte bei Konflikten zwischen Kapital und Arbeit.“ Diese Forderung stellt dieselbe Sozialdemokratie auf, deren Parteigenossen in einer Zahl von Großstädten als Polizeipräsidenten, deren preussischer Innenminister in der Schups eine spezielle für die „konfliktschlichtenden Kapital und Arbeit ausgebildete und schwer bewaffnete Bürgerlegion“ der Bourgeoisie geschaffen haben.

Es ist hier nicht möglich, ausführlicher auf dieses schamlose Wehrprogramm einzugehen. Schon die Brüsseler Forderungen waren durch und durch reformistisch, sie atmeten den Geist des Sozialimperialismus. Aber sie veruchten doch noch durch radikale Scheinforderungen den wirklichen Sinn der sozialdemokratischen Politik zu verschleiern. Anders hier. Die SPD. schafft hier ein ausgeprochen brutales Wehrprogramm des Sozialimperialismus, sie kann sich nicht mehr den Luxus leisten, radikale Phrasen zu machen, sie nennt das „Friede im Namen.“ Es ist Hohn, wenn der letzte Abschnitt des Programms vom „gesteigerten politischen und wirtschaftlichen Kampf des Proletariats gegen die herrschenden Klassen bis zur Verwirklichung des Sozialismus“ spricht. Immerhin bezeichnend aber, daß die Sozialdemokraten ihr „sozialistisches Endziel“ definieren als „eine Gesellschaft ohne Streben nach Ausbeutung von Ausbeutungsgebieten“. Das heißt also, daß es auch im Sozialismus Ausbeutungsgebiete geben und daß bloß das Streben nach Ausbeutung fallen werde. Ein schöner „Sozialismus“, in der Tat!

Wir Kommunisten können an diesem Wehrprogramm der SPD. die Entwicklung dieser Partei aus einer Partei des Opportunismus zu einer offen bürgerlichen sozialimperialistischen Partei feststellen. Wir werden den Arbeitern dies Punkt für Punkt an jedem Satz dieses Programms auseinandersetzen. Wir werden diesem Programm gegenüberstellen das kommunistische Programm, die kommunistische Militärs-politik: Ablehnung der Vaterlandverteidigung, die nur eine Verteidigung des deutschen Imperialismus ist, Kampf für die Niederlage der eigenen Regierung im kommenden Kriege, schärfsten Kampf gegen alle Maßnahmen der Militarisierung und der Stärkung des bürgerlichen Militarismus, auch in der demokratischen Form, Einarbeit auf die „Sprengung der bürgerlichen Armeen von innen heraus“ — nach den Worten von Friedrich Engels — durch revolutionäre Arbeit in den militärischen Kräften des bürgerlichen Staates, Erziehung und Organisierung der Arbeiter zur Wehrhaftigkeit, Bewaffnung des Proletariats.

Strehlen, den 20. Dezember.
Werte Genossen! Anlässlich des zehnjährigen Bestehens der „Arbeiter-Zeitung“ sind in den Werbeauschuss folgende Genossen gewählt worden: (folgen Namen).

Hindenburg-Biskupitz, den 20. Dezember.
Werte Genossen! Wir teilen hiermit dem Verlag mit, daß für den Stadteil Biskupitz ein Werbeauschuss gebildet wurde und sämtliches Werbematerial sofort an den Vorsitzenden des Werbeauschusses (folgt Adresse) zu schicken ist. Da uns Plakate zum Kleben bereits zugewandt sind, bitten wir, uns sofort eine große Anzahl Bestellheine und Flugblätter zuzuschicken.

Soel, den 25. Dezember.
Werte Genossen! Wir teilen Euch mit, daß das Werbematerial an die untenstehende Adresse zu senden ist, da wir auch im Kreis mehr auftreten wollen.

Gleiwitz, den 27. Dezember.
Werte Genossen! Hiermit teilen wir Euch mit, daß in der Funktionärsversammlung der Ortsgruppe Groß-Gleiwitz am 12. Dezember ein Werbeauschuss von 9 Genossen gewählt worden ist. In dem Ausschuss ist außer der Partei der Rote Frontkämpfer-Bund, die Kommunistische Jugend und die Rote Hilfe paritätisch vertreten. Der Vorsitzende dieses Ausschusses ist der Ortsgruppenleiter der Partei. Damit wir mit der Werbung sofort beginnen können, ersuchen wir um baldige Uebersendung von Werbematerial.

Genossen, die Vorarbeiten zur Werbekampagne sind getroffen. In den Ortsgruppen, wo das noch nicht geschehen ist, muß das Besäumte sofort nachgeholt werden. Im ersten Vierteljahr des neuen Jahres gilt in ganz Schlessen und Oberschlessen die Parole: Unermüdliche Werbung neuer Leser für die „Arbeiter-Zeitung“.

Schlechtskranken im ganzen Reich über 80 männlichen und 35 weiblichen Geschlechtskranken auf je 1000 Lebende zu rechnen. Die höchste Erkrankungs Häufigkeit wurde bei den 20—29jährigen mit jährlich 28 männlichen und 10 weiblichen Erkrankungsfällen auf je 1000 gleichaltrig Lebende beobachtet. In den Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern war die Erkrankungs Häufigkeit nicht halb so groß wie der Reichsdurchschnitt, in den Großstädten dagegen fast doppelt so groß. Rund drei Viertel der Geschlechtskranken litten an Tripper, etwas über ein Fünftel an Syphilis, und der Rest an weichen Schantern.

Zugunfall in Apolda zwölf Verletzte

Apolda. Am Sonnabendmittag fuhr auf dem hiesigen Bahnhof ein rangierender Zug mit voller Wucht auf einen bereits stehenden Zug auf, wobei verschiedene Wagen entgleisten. Zwölf Personen wurden verletzt, konnten aber nach ärztlicher Behandlung allein weiterreisen. Die Aufräumungsarbeiten dauerten etwa drei Stunden.

Oberschlesische B. der R. P. D. geschlossen für den GRS-Brief

In der am 20. Dezember 1928 stattgefundenen erweiterten Bezirksleitungssitzung, in der der Genosse Langner das Referat zum Offenen Brief des GRS über die rechte Gefahr in der SPD hielt, wurde die nachstehende Entschliessung mit 19 gegen 1 Stimme angenommen:

Die Bezirksleitung der SPD. Oberschlesien nahm in ihrer Sitzung vom 20. Dezember Stellung zu dem „Offenen Brief“ des GRS an die SPD. über die rechte Gefahr in der SPD. und zu dem Beschluss des Politbüros des ZK der SPD. zum Offenen Brief sowie zu dem Ausschluß der Führer der Rechten aus der SPD. durch das ZK.

Die Bezirksleitung begrüßt den Offenen Brief des GRS als ein Dokument, welches der SPD. in ihrem Kampfe gegen die rechte Gefahr und in der Überwindung der letzten Überreste sozialdemokratischer Ideologie in den Reihen der kommunistischen Partei wertvolle Dienste leisten wird. Insbesondere begrüßt die Bezirksleitung die im „Offenen Brief“ des GRS. gegebene klare Charakteristik der Abweichungen der rechten Gruppe als sozialdemokratische, die die Führer dieser Gruppe in den Sumpf des Reformismus — auf die andere Seite der Partitabe — führen müssen.

Der Offene Brief spricht ferner mit aller Klarheit aus, daß in dem Kampf der Partei gegen die rechte Fraktion, die nur eine Agentur der Sozialdemokratie in der Partei ist, für das Verhältnismäßig in der SPD. kein Platz mehr sein kann. In der Tat hat sich die Haltung der Versöhlergruppe in der Partei bisher als eine Hilfe für die rechte Fraktion und als ein Hemmnis für die Partei im Kampf gegen die Rechten erwiesen. Die Bezirksleitung erwartet von den Genossen der Versöhlergruppe ein unvorurteiliges Abwachen von der rechten Fraktion und einem bedingungslosen Kampf zusammen mit der gemäßigten Mehrheit der Partei gegen die parteifeindlichen Liquidatoren. Ein weiteres Verharren der Versöhler auf ihren bisher eingeschlagenen Weg muß sie von der Partei weg in die Reihen der Liquidatoren führen.

Die Bezirksleitung billigt sowohl den durch das GRS. vollzogenen Ausschluß von Hansen und Galm als auch die vom ZK. der SPD. getroffene Entscheidung, die Führer der rechten Fraktion Walcher, Schramm, Gaderle, Hill, Köhler ufm.

aus der Partei auszuschließen und im Kampf gegen die rechte Fraktion eine einheitliche Aktion zu betreiben.

1. um die ideologische und organisatorische Einheit der Partei sicherzustellen;
 2. um zu verhindern, daß Elemente unter dem Namen der kommunistischen Partei, sozialdemokratische Ideologien propagieren und damit Bewirrung nicht nur in den Reihen der Kommunisten anrichten, sondern darüber hinaus auch in den Reihen der Arbeitermassen, die in immer größer werdendem Maße den Verrat der Sozialdemokratie erkennen und sich von diesen Loszulösen beginnen. Ohne eine gründliche klare ideologische und scharfe organisatorische Trennung der Partei von der sozialdemokratischen Agentur, wie sie bis vor kurzem noch in den Reihen der SPD. bestand, würde der Kampf der Partei gegen den Reformismus um die Gewinnung der Arbeitermassen, die dem Reformismus noch Gefolgschaft leisten, zu einer Fehlleistung.

3. Am 21. Dezember sollten die Hauptführer der Liquidatorengruppe, Brandler und Thalheimer, vor der zentralen Kontrollkommission der SPD. in Berlin vorbestellen. Die Bezirksleitung erwartet von den Genossen der R.F.B. nunmehr eine einheitliche Aktion dieser Parteilicker.

Die Parteimitglieder der Partei im Bezirk Oberschlesien sind, unter Zugrundelegung eines systematischen Studiums der Beschlüsse des 6. Weltkongresses, des 4. KÖZ. Kongresses und des Programms der kommunistischen Internationale, den Kampf gegen alle Abweichungen von der in diesen Dokumenten festgelegten bolschewistischen Linie zu führen und gleichzeitig alles zu tun, um die Geschlossenheit und die Schlagkraft der kommunistischen Partei zu erhöhen.

Neujahrs-Scherzartikel 1929

Wie uns aus Berlin mitgeteilt, wurden in der Silvesternacht bei proletarischen Feiern folgende Scherzartikel aus Blättern gelesen:



1. Konfordschloffenbandorden für sozialdemokratische Landtagsfraktion in Preußen und Vorstand des Freidenkerbundes.



2. Für die kommende „Große Koalition“: Hochzeit den Ministern der goldene Sepe-Ring. Von den Trustkapitalisten nach Belieben auf dem kleinen Finger oder in der Westentasche zu tragen.



3. Originelle Figur zur Neujahrsfeier, die ohne weiteres mit zur „Populärifizierung“, „unserer“ Polizei beitragen wird.



4. Hängeparagraf für Gotteslästerer.

Ausschluß von Bassiner aus der SPD.

Die B. Halle-Merfelden hatte unterm 28. 11. an das ZK. den Antrag gestellt, gegen Bassiner-Wittenberg ein Verfahren wegen fraktioneller Tätigkeit einzuleiten.

Da Bassiner Kandidat des ZK. war, hat das ZK. die Angelegenheit der Komintern überwiehen, die ihrerseits das ZK. beauftragte, das Untersuchungs- und, wenn erforderlich, auch das Ausschlußverfahren gegen Bassiner durchzuführen.

Das Politbüro des ZK. hatte in seiner Sitzung vom 21. 12. an Bassiner dieselben sechs Forderungen wie an Walcher und Genossen berichtet und zur mündlichen Verhandlung einen Termin auf den 23. 12. festgesetzt. Bassiner hat dieser Vorladung Folge geleistet, hat aber gegenüber dem Politbüro erklärt, daß er sich vollständig mit der rechten Gruppe solidarisiere und die an ihn gestellten Bedingungen ablehne.

Da Bassiner auf die Frage, wie er sich zu den Beschlüssen des ZK. und des GRS. und der unterchristlichen Anerkennung der Bedingungen stelle, ausweichend antwortete, hatte das Politbüro die Sitzung unterbrochen, um dem Genossen Bassiner nochmals Gelegenheit zu geben, sich alle Fragen, die ihm schriftlich formuliert wurden, zu überlegen. Nach Schluß der Pause erklärte jedoch Genosse Bassiner, daß er keine der Bedingungen annehmen könne, wie sie vom ZK. und im Offenen Brief der Komintern gestellt sind. Auf diese Erklärung ergab sich von selbst die Notwendigkeit des Ausschlusses von Bassiner aus der SPD., der hiermit bekannt gemacht wird.

Zentralkomitee der SPD.
(Sektion der kommunistischen Internationale.)

Schlacht im Osten Berlins

Ein Zimmermann getötet.

In der Nacht zu Sonntag ist es in der Breklauer Straße im Osten Berlins zu wüsten Ausschreitungen gekommen, bei denen eine Person getötet und mehrere verletzt wurden.

Ermittlungen, die während des ganzen Sonntags von der Polizei angeestellt wurden, haben ergeben, daß es sich um einen plötzlichen Überfall von Einbrechern berüchtigter Berliner Verbrechergänge auf das Vernehmungslokal der Hamburger Zimmerleute handelt. Es wurde festgestellt, daß während des Kampfes, der von 23 Uhr bis 2 Uhr morgens dauerte, mehr als 40 Schüsse gefallen sind. Die Täter gehören einem Verein „Zimmerleute“ an, der in der Hauptsache aus Verbrechern und erlassenen Zuchthausstrafen besteht. Mitglieder dieses Vereins erschienen im Smoking mit Ladungsgewehr und Pistolen in der Gewerkschaft und begannen Streit mit den Zimmerleuten. Da die Zimmerleute in der Mehrzahl waren, konnten die Eindringlinge aus dem Lokal gedrängt werden. Kurz darauf kamen aber 30 bis 40 Antreiber von allen Seiten her, die Verhärterung für die „Zimmerleute“ brachten. Während des nun entzündeten Kampfes wurde ein Zimmermann getötet. Acht wurden verletzt. Ein Zimmermann, der von mehreren Banditen verfolgt wurde, sprang auf eine vorüberfahrende Straßenbahn, um sich in Sicherheit zu bringen. Die Verbrecher brachten jedoch den Wagen zum Halten, holten den Handwerker mit Gewalt heraus, und schlugen von allen Seiten auf ihn ein. Nur mit Mühe gelang es dem verärgerten Überfallkommando und zahlreichen Schutz- und Kriminalbeamten, der Ausschreitung endlich ein Ende zu machen. Die Angreifer und ihr Anführer waren beim Eintreffen der Beamten blitzschnell in ihren Autos davongefahren.

Neujahrsempfang bei G. M. Sindenburg...

Proletarischer Neujahrsgruß

Zwar schüttelt noch der Silvesterlater
 Die volksbeauftragten Gratulanten,
 Doch Pflichtgefühl ruft die treuen Trabanten:
 Antreten zum Gratulationstheater!

Da prangt nun auf schwarzrotgoldnem Thron
 — Mit Blick auf viele Zylinderhüte —
 Ein Abbild germanisch-handzarter Güte:
 Der Republik erster Diener, treuer Sohn.

Vom Säbelkasseltretterium heilig
 Gesprochen und unantastbar erklärt,
 Wird heut er von rechts bis zum „Vorwärts“ verehrt —
 Die SPD. selbst findet's unvorzüglich.

Tag dieser kernschmelz-greife Soldat
 Nicht gleich das Jester zur Hand genommen
 (Eberts Verdienst natürlich unbenommen!) —:
 Solch Mann wirkt als wandelndes Ehrfurchtsplakat!

Also drückt der rührende Mann die Hand
 Den schweigenden Prof.-Neujahr!-Ministern,
 Dieweil die gekleideten Frachthenden kuffern —
 Und die kuffern — jawolka — jurs Vaterland!

Besonders die SPD.-Kataien
 Amerikaner im Takt und sprecheln süßlich:
 Die Zusammenarbeit sei sehr ersprießlich,
 Und Majestät möge gütigst verzeihen.

Wenn zuweilen sie noch Fehler machten,
 Man sei gewillt, die deutschen Proleten
 Auf demokratischen Drick einzubeten —
 G. M. nicht gemühtlich, und sie lachten

Nun schon ganz vertraut, die vier „Genossen“.
 Sie streichen Gesichts- und Wäggelalten
 Sich glatt: „Wir haben immer bichtgefallen
 Mit Nostes, „Wer weitergeht, wird erschossen!“

„Auch wir verdammen die Revolution!“
 Der Präsident ist wahrhaft erschüttert,
 Der Kanzler, recht schneidig und wohlgefüllt,
 Klappt Haden im Ernste der Situation.

Von hinten drängen die Diplomaten,
 So daß die vier Ministerkollegen
 Sich abschiednehmend zum Ausgang bewegen
 Welch angenehmer Beruf: zu verraten...!

Vor dem Palais rote Demonstration.
 Die vier „Genossen“ im Achtzylinder
 Rumpfen die Nase: „Politische Kinder...!“
 Müller murmelt: „Feindliche Situation!“

Heut: republikanischer Neujahrstag —
 Morgen: neuer Verrat! So, Schlag auf Schlag!
 Versucht man, euch auf die Knie zu zwingen!
 Genossen, es darf ihnen nicht gelingen!
 Ihr im Betriebe, ihr in der Fabrik:
 Proletarier! Heraus zum Massenkrieg!

Von der Ebert- zur Sowjetrepublik!

Starke Unwetter in Mittelitalien. Am Rom, 2. Januar. In Mittelitalien regnet es seit zwei Tagen unablässig, während in Norditalien Schnee gefallen ist. Ueber Pisa ging Montag ein außerordentlich heftiges Gewitter nieder, bei dem große Hagelkörner fielen und unzählige Fensterscheiben zertrümmert wurden. Die Dichte der Hagelkörner, die den Boden bedeckten, erreichte eine Höhe von mehr als 10 Zentimeter. Während des Gewitters, das zwei Stunden dauerte, war auch der Straßenverkehr teilweise unterbrochen, da die elektrische Zentrale durch einen Blitzschlag beschädigt wurde. Auch in den Lagerräumen einer Fabrik schlug der Blitz ein und brachte das Dach zum Einsturz.

Starke Unwetter in Mittelitalien. Am Rom, 2. Januar. In Mittelitalien regnet es seit zwei Tagen unablässig, während in Norditalien Schnee gefallen ist. Ueber Pisa ging Montag ein außerordentlich heftiges Gewitter nieder, bei dem große Hagelkörner fielen und unzählige Fensterscheiben zertrümmert wurden. Die Dichte der Hagelkörner, die den Boden bedeckten, erreichte eine Höhe von mehr als 10 Zentimeter. Während des Gewitters, das zwei Stunden dauerte, war auch der Straßenverkehr teilweise unterbrochen, da die elektrische Zentrale durch einen Blitzschlag beschädigt wurde. Auch in den Lagerräumen einer Fabrik schlug der Blitz ein und brachte das Dach zum Einsturz.

Breslau, 2. Januar 1920.

Kämpft! ruft das neue Jahr

Das neue Jahr hat begonnen. Die letzten Stunden des alten Jahres...

In der Silbesternacht erschossen

In der Silbesternacht entfiel gegen 23,45 Uhr im Lunapark eine Schlägerei...

600 Kleingärtner gegen den Magistrat

Einer Zusage des „Schreibergartenvereins Wollswinkel“ entgegen...

Meiße will blaffen

In der Sonnabend-„Wollswacht“ versucht Hermann Meiße, der sozialdemokratische Ehrenmann...

3000 Fluggäste von Breslau abgeflogen

Der Flugverkehr in Schlessien war gegenüber dem Vorjahr im Steigen begriffen...

Die Miete im eingemeindeten Gebiet. In Grundstücken, die zur städtischen Müllabfuhrgebühren...

Die freigemeinnützige Gärtnervereinigung, Ortsverwaltung Breslau, begibt am 1. Januar ihr 25jähriges Jubiläum...

Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse hat folgendes Schreiben den Kassendirektoren zugesandt:

„Die Zahl der arbeitsunfähigen Kranken hat jetzt eine Höhe erreicht, wie sie seit Bestehen der Kasse noch nicht zu verzeichnen war...

Dieses Schreiben ist eine glatte Fressfelle. Eine Fressfelle sowohl gegen die Ärzte...

Worauf ist der vorstehende Akt der Krankenkassenverwaltung zurückzuführen?

Durch das ungünstige Wetter des Spätherbstes und des Winteranfanges — das verständlicherweise den im Auto herumfahrenden Kassendirektoren...

Aus Breslauer Gerichtssälen

Hauptsache, die Uniform

Vor dem Kleinen Schöffengericht stand ein angeblicher Privatförster Meil wegen Betruges im Rückfall...

Einer, der die Jagdgesetze nicht anerkennt

Wegen gemeinschaftlichen verbotenen Jagens standen vor dem Großen Schöffengericht der 60 Jahre alte Arbeiter Seeliger...

Am 11. Januar: Feier des 10. Gründungstages der SPD. und Gedächtnisfeier für Lenin, Liebknecht und Luxemburg im „Schiefwerder“.

Theater und Kino

Roberttheater. „Olympia“, von Franz Molnar. Ein belangloses, aber unterhaltendes Spiel in drei Akten...

Gewerkschaftshaus-Vorstellung. Nach einer kurzen Pause beginnt die Kulturbühne des Arbeiter-Sportvereins...

lache angeführt, daß bei der gegenwärtigen Grippeepidemie wenig Menschen sterben...

daß die wohlgenährten, gutbezahlten Kassendirektoren erst dann einsehen wollen...

Worauf stützt nun eigentlich die Kasse ihre Behauptungen? Sie schreibt auf die Angaben der „Vertrauensärzte“...

Mit aller Deutlichkeit muß gesagt werden: die Art, wie die Krankenkasse die Ärzte — die übrigens durchaus nicht so schnell mit dem Krankenschreiben zur Hand sind...

als ja die Verantwortlichen Sozialdemokraten sind, die damit selbst die Unternehmer noch übertroffen haben.

Diese Herren sollten doch nicht vergessen, daß nicht die Mitglieder streikwegen, sondern sie der Mitglieder wegen da sind...

botenen Jagens bestraft. Einmal ist er sogar wegen Widerstandes gegen einen Forstbeamten zu vier Jahren Gefängnis (1) verurteilt worden...

Mittelschlesien

Tschegnitz. Totgefahren und liegend gefallen. Sonntag nacht wurde auf der Kunststraße Ohlau-Breslau der 43jährige Pöhlmann...

Ratzen. Dynamit Sprengung im Postamt. Mehrere Männer brachen in der Nacht zum Sonntag, gegen 3 Uhr morgens, in das Postamt ein...

Dels. Die Jugend marschiert vorwärts! Die Sonnenwendfeier des kommunistischen Jugendverbandes Ortsgruppe Dels...

Waldenburger Bergland

Herr Staatsanwalt, wollen Sie nicht bald zugreifen?

Die Waldenburger Millionenfälscherei und die „Bergwacht“ — Untersuchungsausschuss, heraus mit der Sprache!

Aus Waldenburg wird uns geschrieben: In der Nummer 302 schließt sich die „Schwarze Bergwacht“ mit der Forderung der Untersuchungsausschusses in der Millionenfälscherei nach Berlin. Unter anderem schreibt diese Organisation:

„Mitgenommen haben sie noch den Kommunisten Malzer, der immer recht laut „gute“ Ratschläge geben kann, deren Verwirklichung er natürlich anderen überläßt. Jetzt hat er Gelegenheit, seine Täuschung zu beweisen. Vielleicht bringt er die Million gleich mit.“

Wenn man das liest, könnte man glauben, die kommunistische Fraktion wäre jemals der wahren Meinung gewesen, bei Reichmann und Kahlke wäre noch etwas zu holen. Im Gegenteil, unsere Fraktion beantragte sofort, daß

die ganze Angelegenheit dem Staatsanwalt übergeben

wird, um wenigstens eine weitere Verschleierung zu verhindern. Hoffnungen und Illusionen konnte die „Bergwacht“ eigentlich nur auf ihren Genossen Klammt setzen. Er war doch schon einmal in Berlin und hatte zusammen mit Herrn Wenzel ein Verurteilungsbullentin fabriziert, welches den Eindruck erwecken mußte, als ob alles in Butter sei. So eine kleine Verwechslung kann man den „Bergwacht“-Redakteuren nicht abnehmen, wir sind an ganz andere Dinge gewöhnt.

Lügen, daß sich die Balken biegen,

die Tatsachen auf den Kopf stellen und schwindeln aus Prinzip, gehört eben zum Handwerk eines „Bergwacht“-Redakteurs.

Weiter meint dieser alberne „Bergwacht“-Gefühlskünstler: „Wertwürdigerweise schickt Colbach seine Zuschriften an den Kommunisten Malzer.“ Auch hier lügt dieser Clown bewußt. Er weiß ganz genau, daß Genosse Malzer nur Abschriften von den Zuschriften hätte, die seine Genossen Jappe und Landrat Franz erhalten hatten. Wertwürdigerweise — nicht wahr?

Somit wir heute über die ganze Angelegenheit informiert sind, ist die Sache

viel schlimmer, als auch der schwärzeste Pessimist ahnen konnte.

Daß Reichmann und seine Komplizen abgefeimte Epigonen waren

und sind, war für und nach der Schilderung, die wir durch Colbach erhielten, nicht klar. Nicht klar oder vielmehr kaum glaublich erscheint uns die Rolle des Dr. Wiesner. Dessen Namen, die in Berlin die Sache aufgedeckt haben, weist Wiesner Geschäftlichkeit vor und unterstellt ihnen persönliche Motive. Heute steht fest:

Gätten die Berliner die Sache nicht aufgedeckt, Herr Wiesner hätte diesen Rathle und Reichmann zu der verlorenen Million nach andere Gelder gegeben um die Leute wieder auf die Beine zu bekommen.

Man muß Rathe sanieren, hat Wiesner noch vor kurzer Zeit gesagt. Ob es grenzenlose Dummheit war, die Wiesner zu solchem Handeln trieb, oder ob er in irgendeiner Form finanziell daran interessiert war, wird wohl erst festzustellen sein, wenn durch den

Staatsanwalt sämtliche Material beschlagnahmt

wird. Diese Handlungsweise des Dr. Wiesner, bei der man die Grenzen zwischen grenzenloser Dummheit und Verbrechen nicht klar erkennen kann, hat der so wie so armen Gemeinde Waldenburg einen Stoß versetzt, dessen

Folgen heute unabsehbar

sind. Genosse Malzer hat in der letzten Stadtverordnetenversammlung schon darauf hingewiesen, daß im Grunde diejenige die Schuld tragen, die die autokratische Herrschaft des Dr. Wiesner nicht nur gebildet, sondern gedeckt haben. Zu diesen gehört in erster Linie die SPD. Sie war es, die alles gebilligt hat und gegen das jeder Selbsterhaltung hochnisprechende Verhalten des Dr. Wiesner nie ernsthaft Front gemacht hat. Im Gegenteil, alle Anträge, die die kommunistische Fraktion stellte, um den Oberbürgermeister in die Schranken zu weisen, wurden abgelehnt. Selbst in allerletzter Zeit hat die SPD. noch gegen den „Offenen Brief“ der Gewerbetreibenden Stellung genommen und die Sache so hingestellt, als sei das die Minderheit, die die Haltung des Oberbürgermeisters verurteilt. Selbstbewußt und zufrieden hat man erklärt, daß keine Arbeiterorganisation unterschrieben sei, und hat den Oberbürgermeister förmlich gebettelt, im Dienste zu bleiben. Sogar von der „Bergwacht“ sind sie abgerückt, diese Helden. Ihren Lügen

ontel haben sie lassen lassen. Armer Onkel Paul! Selbst seinen Genossen fällt du schon auf die Herzen! Diese Sache, das! Für die SPD. sehr lässlich in mehr als einer Hinsicht.

Wir erwarten, daß der Untersuchungsausschuss sofort den ganzen ungeheuren Stand der Bevölkerung bekanntigibt und die Schuldigen zur Anzeige bringt. Zu diesen gehören natürlich, Reichmann und Dr. Wiesner. Wenn der Untersuchungsausschuss seine Pflicht nicht tut, würden wir gezwungen sein, nachzuhelfen!

Wieder ein ungetreuer Gemeindeangestellter?

Ein Gemeindeangestellter in Reichenhain soll sich das Kindergeld für seine schon erwachsene Tochter länger ausgedient haben lassen, als es zulässig war. Auf diese Weise soll die Gemeinde um 800 Mark geschädigt worden sein, die der Gemeindeangestellte jetzt ratenweise zurückzahlen will.

Oberes Revier

Das Neujahrsgesicht

Wie wir erfahren, soll am 15. Januar auf der Veltus-Grube zum letzten Male Kohle gefördert werden. Der größte Teil der Veltus-Grube wird bereits Anfang Januar auf andere Gruben verlegt werden. Es werden verlegt: 60 Bergarbeiter auf die Kupfer-Grube in Rothbach, 50 auf die Melchior-Grube in Dittersbach, 128 auf die Fuchgrube in Weßfelden, am 16. Januar werden verlegt: Nach der Fuchgrube 60 Arbeiter, nach der Melchior-Grube 40, nach der Fuchgrube 51, so daß am 16. Januar auf der Viktor-Grube eine Abreißkolonne von 89 Arbeitern verbleibt. Werden die Bergarbeiter auch nicht arbeitslos, so haben sie in Zukunft viel weitere Grubenwege zurückzulegen, was nicht bloß einen Zeitverlust, sondern auch eine viel größere Abnutzung an Kleidern und eine Gefährdung der Gesundheit bedeutet.

Gottesberg. Unglück beim Schlachten. Auf dem Schlachthof geriet ein Fleischerlehrling mit einer Hand in ein Messer. Er durchschnitt sich die Sehnen und mußte erheblich verletzt in das Krankenhaus übergeführt werden.

Friedland. Vom Auto verbed gestürzt. Dieser Tage ereignete sich auf dem Bahnhof ein schwerer Unglücksfall. Als der Führer der Kraftpost nach Grünhain mit dem Ausladen der Post beschäftigt war, stürzte er plötzlich vom Autoverbed herab. Mit einem schweren Rückenbruch mußte er benutzungslos in das Kreis Krankenhaus eingeliefert werden.

Landeshut

Diebstahl. Unfall. Beim Spreuenaufkaufen glitt hier ein Landwirt aus und geriet in das Getriebe der Dreschmaschine. Ein Finger wurde ihm völlig abgeschnitten und die anderen erheblich verletzt.

Rundfunk-Programm

Mittwoch, 2. Jan. 15: Gleiwitz: A. Sander: „Kolende“, ein oberischlesischer Brauch um die Jahreswende. ● 16: Zum Gedächtnis Kaiserin Maria Theresia. Einl. Worte: Dr. Wilh. Lulu Albert-Lazarus. Aus „Unverfälschten Briefen und Manuskripten“. ● 16:30: Funkfabelle; Aus deutschen Opem. ● 18: Chefredakteur Strobo; Wirtschaftliche Zeitfragen. ● 18:30: Französisch für Fortgeschrittene. ● 19: Wilh. Winger: Die Entwicklung der deutschen Konjunktionsgesellschaften. ● 19:50: Erich Landsberg: Bild in die Zeit. ● 20:15: Volte Leonard singt. Schumann: Widmung; Der Kuckuck; Verrätene Liebe; Mondnacht; Aufrufe. — Brahm: Auf dem Kirchhof; Volkstanz; Blinde; D. Liebliche Wangen. Wolf: Die Sorde; Die Belehrte; Wenn du zu den Blumen gehst; Nixe im Sumpf; Der Gärtner. ● 21:25: Zum Gedächtnis Hermann Sudermanns. Aus „Littéraire Gesellschaft“. Alex. Kunge (Regist.). ● 22: Berlin: Chefredakteur Dr. Kausch; Presseumschau des Drahtlosen Dienstes. ● Anschl.: Abendberichte.

Donnerstag, 3. Jan. 16: Bäckertunde. ● 16:30: Unterhaltungskonzert. Funkkapelle. Leitung: Bela Neumanovics. ● 18:25: Dr. Erhardt: Bilanz des Opernjahres 1928. ● 19:25: Kurt Swolinsin: Wesen und Bedeutung der Betriebsverwaltung. ● 19:50: Englische Lesüre. ● 20:15: Kammermusik. E. Trabe (Violine), Felicia Wolner (Klavier). Sinfonie: Sonate in D-dur. — Reges: Kleine Sonate in D-moll. ● 20:50: Der Reporter durchstreift die Zeit. Arthur Hundt. Aus vier Weltteilen. G. Ritter (Regist.). ● 21:30: Funkstunde. Leitung: W. Carlos. Funk-Jazzorchester. Leitung: E. Trabe. ● 22: Abendberichte. ● 22:30: Langmusik des Funk-Jazzorchesters.

Freitag, 4. Jan. 16: Hausfrauenbund. Dr. Winkel: Ernährungslehre. Verarbeitung und Stoffwechsel. ● 16:30: Unterhaltungskonzert. Funkkapelle. Cello: C. Beder. ● 18: Direktor Gallana: Winter im Bergland. ● 18:15: Gleiwitz: Dipl.-Ing. Just: Die Glühlampenherstellung und die moderne Licht- und Beleuchtungslehre. ● 18:40: Elfe Drogler: Das Säuremaschinen-Lichtsystem. ● 19:25: Oberpostdirektor Großer: Die öffentlichen Sprechen der deutschen Reichspost. ● 19:50: Rechtsanwalt Spitz: Justizräumer in Kriminalfällen vergangener Tage. ● 20:15: Sinfoniekonzert. — Schließliche Philharmonie. Leitung: Herm. Behr. Mittw.: Judith Bolor (Cello). Handr. Konzert D-dur. — Beethoven: Sinfonie in E-dur. ● 22: Abendberichte. ● Anschl.: Reichstagschrift-Wiederholungs- und Diskusstunde.

Sonnabend, 5. Jan. 16: Bäckertunde. ● 16:30: Funkkapelle: Unterhaltungskonzert. ● 18: Die Filme der Woche. ● 18:25: Cypriano. S. Wehn: Schließliche Pflanzenwelt. ● 18:35: Landwirtschaftslehrer Scheide: Die landwirtschaftlichen Räte des Grenzreiches Groß-Wartenberg. ● 19:20: Einführung in die Reichsliteratur. ● 19:50: v. Weidert: Die neue französische Literatur. ● 20:15: Mit dem Mikro durch Breslau. In der Vorgabe eines Warenhauses. F. W. Bilhoff, Dr. Engel. ● 20:40: Umhüllung der Funkkapelle. Leitung: E. Trabe. ● 22: Abendberichte. ● 22:30: Langmusik des Funk-Jazzorchesters.

Versammlungskalender

Parteiveranstaltungen
Januar. Donnerstag Mitgliederversammlung. Vertreter der B. anwesend. Alle Mitglieder müssen erscheinen!

Kommunistischer Jugendverband

Breslau.
Gruppe Süd. Donnerstag 20 Uhr öffentlicher Grubenabend bei Reimann. Neue Antonienstraße. Politische Jahresrevue. Gäste willkommen.

Roter Frontkämpfer-Bund

Breslau.
Abt. 3. Mittwoch außerordentlicher Kameradschaftsabend. Alles hat zu erscheinen. Delegiertenwahl!
Landau. Donnerstag 19:30 Uhr finden wieder regelmäßig die Nebungsstunden der Schalmeienkapelle im ehemaligen Greysierthofen (Kaserne) statt. Pünktliches und regelmäßiges Erscheinen wird den Spielern zu Pflicht gemacht.

Sonstige Organisationen

Breslau.
Deutscher Arbeiter-Abstinenz-Bund. Mittwoch im Zimmer 11 des Gewerkschaftsbaus Versammlung. Beginn 20 Uhr. Der Bundesvorsitzende Genosse Sobeloff ist anwesend.
Gleiwitz. Rote Hilfe. Freitag Kundgebung in den „Union-Sterkub“ (Altes Zimmer) Langenstraße.
Freiburg. Metallarbeiter. Donnerstag 19 Uhr im „Bücher“, Polnisch. Generalsekretär. Sonntägliche Tagesordnung: Jahresbericht, Wahl der gemeinsamen Erbsverwaltung, Wahl eines Jugendleiters usw. Es ist Pflicht aller Kollegen, zu erscheinen.

Niederschlesien

Görlitz

Eine gelungene Weihnachtsfeier veranstaltete am Sonnabend die Ortsgruppe Görlitz des Internationalen Bundes der Opfer des Krieges und der Arbeit. Die Feier wurde in dem dicht besetzten Konzertsaal mit einigen Musikvorträgen und einer Ansprache des Genossen Vorstmann über den Zweck und die Ziele des Bundes eingeleitet. Der anschließend von einem sechsjährigen Mädchen zum Vortrag gebrachte Prolog fand herrlichen Beifall. Zwei Gesangsvorträge, eine reichhaltige Verloren sowie Geschenkerverteilung und Bewirtung mit Kaffee und Kuchen an die Kinder beschloß den ersten Teil der Veranstaltung. Bis 2 Uhr nachts blieben die Beteiligten noch bei Tanz und im gemütlichen Beisammensein vereint. Die Veranstaltung dürfte dem Internationalen Bund einen nennenswerten Heberzug und eine Reihe neuer Freunde gewonnen haben.

Schwere Betriebsunfälle. Im Leubaer Steinbruch brach der 53jährige Steinbrucharbeiter Fiedler aus Leuba Schuttsteine an einer Stelle, an der Tage zuvor gesprengt worden war. Plötzlich brach das Gestein über dem Arbeiter zusammen, wobei er einen schweren Unterkörperbruch erlitt. — Als sich dieser Tage in der Schließlichen Schrauben- und Mutterfabrik die 34jährige Arbeiterin Selma P. als an einem Kessel die Hände wärmte, geriet ihre Kleidung in Flammen. Ein herbeieilender Arbeiter erlöste die Flammen mit seiner Lederschürze. Die Unglückliche mußte mit schweren Brandwunden in das Krankenhaus gebracht werden. Ihr Koma ist schon seit einiger Zeit erloschen.

Ein netter Gaß. In einer hiesigen Familie verkehrte seit einiger Zeit ein junger Mann aus Kauzha. Jetzt hat er dem Gastgeber aus einem Schrank 600 Mark und jetzt dann die Wohnung in Brand, um die Souten zu vernichten. Der Täter wurde verhaftet.

Auf der Bankette erschlagen

Auf der Bankette der neuen Drahtseilbahn nach dem Rajakberg 302 der Zimmermann Willi Sommer aus Königsfeld, auf einem Gerüst stehend, an einem Tau Brüter in die Höhe. Plötzlich brach die Gerüstbretter unter seinen Füßen. Aus 16 Meter Höhe fiel der Unglückliche herab. Zu allem Unglück kürzten auch die am Tau hängenden Bretter nach und fielen dem Gestürzten auf den Kopf. Der Zimmermann war auf der Stelle tot. Er hinterläßt eine Witwe und mehrere Kinder.

Sprottau

Ein Kind vom Auto getötet. Am Goebertplatz wurde ein Knabe von einem von der Grünstraße kommenden Auto überfahren und so schwer verletzt, daß er nach einer Stunde verstarb. Es handelt sich um das 6jährige Söhnchen des Sattlermeisters Jürgang.

Liegnitz

Som Gefängnis ins Arbeitshaus

Der schon 57 mal (!) wegen Bettelns und anderer Delikte verurteilte Kahlke ist ohne feste Wohnung. Da er auch in diesem Jahre schon verschiedentlich wegen Bettelns bestraft worden war, hatte er das Recht ins Arbeitshaus gefordert, aus dem er am 1. September wieder entlassen wurde. Da er kriegsbeschädigt ist, legte er sich weiter aufs Betteln. Am 29. September wurde er in Liegnitz erwischt, als er in einem Zigarrengeschäft bettelte. Vom Amtsgericht erhielt er jetzt 6 Wochen Haft. Die vier Wochen der ersten Untersuchungshaft wurden angerechnet. Dann soll er wieder ins Arbeitshaus geschickt werden.

Die Grippe! Hier ist eine Grippeepidemie ausgebrochen. In vielen Betrieben fehlen zahlreiche Betriebsangehörige. Im Jahre 1918, vor 10 Jahren, forderte die Grippe hier so viele Todesopfer, daß ein ganzer Friedhofsteil belegt wurde und über 30 Begräbnisse pro Tag vorgenommen wurden.

Der Fall Rejzmann vor dem Reichsgericht. Trotz des durch die Große Strafkammer gemilderten Urteils wird der viel besprochene Rejzmann-Prozess nun auch noch das Reichsgericht beschäftigen, da die Beurteilung gegen das Urteil Revision eingelegt haben.

Glogau

Gefangen. Ausbruch. Aus der Arbeitsbarade des hiesigen Amtsgerichtsgefängnisses sind am Freitag zwei Strafgefangene entwichen: der von der Beteiligung an dem Prinkenauer Schloßeinbruch her bekannte Freier Kassung aus Berlin, der in den nächsten Tagen in eine Strafanstalt zur Verbüßung einer längeren Freiheitsstrafe abgeführt werden sollte, und der obdachlose Malergehilfe Ernst Hübner, der auch noch eine längere Strafzeit anzupfen hat. Beide tragen Anstaltskleidung.

Aus dem Riesengebirge

Opfer der Arbeit. Als der Kalandergehilfe Gebauer in der Lomnitzer Papierfabrik Späne hervorholen wollte, wurde er von einer Schraube erfaßt und von der Transmission gegen eine Wand geschleudert. Bewußtlos mußte er mit einer schweren Kopfverletzung in das Hirschberger Krankenhaus eingeliefert werden.

Arbeitersport

Arbeiter-Sportartell. Alle Mitglieder unserer Parteivereine nehmen an dem Gymnastikfest teil! Auf vielseitigen Wunsch wird der Wettbewerb bis zum 4. Januar verlängert. Jeder Teilnehmer muß sich bis zu diesem Datum schriftlich oder mündlich im Kartellbüro, Zimmerstraße 1, melden. Am Donnerstag, dem 10. Januar, von 20 bis 21. Januar, ist für die Sportlerinnen in der Aula des Heiligen-Geist-Gymnasiums, der erste Kurstag. Der erste Kurstagabend der Sportler ist am Freitag, dem 11. Januar, in der Turnhalle Frischschule, und zwar in der Zeit von 19:30 bis 22 Uhr.

Jahresversammlung der Sportvereinigung Kordoff. Am Sonntag fand im Gemeinshaus die jährliche Jahresversammlung der Vereinigung statt. Der Geschäftsbericht des Vorstandes ergab die stete Fortentwicklung der Vereinigung in geschäftlicher sowie in sportlicher Beziehung. Auch an Mitgliedern war ein Zuwachs zu verzeichnen, so daß der Vereinigung 212 Mitglieder angeschlossen sind. Die Vereinigung beteiligt sich an sämtlichen Veranstaltungen der Arbeiter-Sportbewegung und konnte auch bei Wettkämpfen stets einen guten Platz belegen. Der Leistungsbericht wird weiter in fünf Turnhallen für Schüler, Jugend, Sportlerinnen und Sportler aufrechterhalten, die einzelnen Sportarten, wie Scherattletik, Leichtathletik, Boxen, Judo und Frauensport in besonderen Abteilungen gepflegt. Nach Erledigung des geschäftlichen und technischen Berichtes übernahm Sportgenosse Heinrich H. als Altersgenosse die Wahl des Vorstandes. Es wurden gewählt: 1. Vorsitzender Karl Bohan, Breslau 24, Sonnenwienweg 9, 2. Vorsitzender Artur Langner, Gellhornstraße 14, 1. Kassierer Max Latusek, Käselohle 14, 1. Schriftführer Franz Kupperts, Mehlgasse 29, 1. Sportwart Karl Buron, Zinnastraße 28, 2. Sportwart Felix Stannitz, Danzigerstraße 145. Sämtliche Anschriften geschäftlicher Art bitte an den 1. Vorsitzenden, solche in sportlicher Art an den 1. Sportwart zu richten.

Arbeiter-Radfahrer-Bund Gruppe 1 Bezirk 8 Can 7. Am 27. Dezember fand bei Rai in Looswitz eine Sitzung statt. Das diesjährige Gruppenfest hatte ein Defizit von 13,65 Mark zu verzeichnen, das durch Umlage, pro Mitglied der Gruppe 5 Pf., gedeckt werden soll. Des weiteren fanden zwei Anträge zur Weiterreichung an die Bezirksleitung Annahme. Als Gruppenleitung für 1929 wurden gewählt: Vorsitzender A. Gehner, Altmarchen, Kassierer Bartisch, Altmarchen, Schriftführer Schmidt-Looswitz, Sportwart Rosemann, Ober-Großhartmannsdorf. Genosse Gehner wies wiederum auf die Motorradfahrer-Vereinigung des Bundes sowie Gründung von Auftragsammelstellen des Fahrradbaus „Frisch auf“ hin. Die Ortsgruppe Altmarchen hat dieses Jahr ungefähr für 4000 Mark Waren und Fahrräder vom Fahrradhaus bezogen. Nach längerer Ansprache unter verschiedenen wurde die von allen Ortsgruppen besuchte Sitzung mit einem dreifachen „Frisch auf“ geschlossen.

Werbt für die „Arbeiter-Zeitung“!

Oberschlesien Lufaschet und Franz als Schrittmacher der Gasfernversorgung für die Industrie

Die Interessen der werktätigen Bevölkerung werden der Profitgier der Kapitalisten geopfert

Von der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion aus Hindenburg wird das geschrieben:

Ende vorigen Jahres kam mit Zustimmung der städtischen Körperschaften, Stadtverordnetenversammlung und Magistrat der Städte Beuthen und Hindenburg die Gründung der Firma „Verbandsgaswerk Beuthen-Hindenburg G. m. b. H.“ zustande. Gegenstand des Unternehmens ist die Versorgung obiger Städte und anderer Gebiete mit Gas. Die bürgerlichen und sozialdemokratischen Vertreter der kommunalen Körperschaften und ihre Presseorgane prüften den Abschluß des Vertrages als einen Schritt zur kommunalen Gasfernversorgung in Oberschlesien. Nur die Kommunisten waren gegen die Gründung einer G. m. b. H. und erklärten schon damals, daß dieser Schritt die Auslieferung der kommunalen Gasversorgung an das Industriekapital zur Folge haben wird. Die Kommunisten hatten wie immer auch hier Recht behalten. Schneller als man es sich vorstellen konnte, hat man ohne Wissen der kommunalen Körperschaften diesen Weg beschritten. Als wir von den Dingen einiges aus unkontrollierbarer Quelle erfuhren, wandten wir uns an den Magistrat der Stadt Hindenburg und erluchten um die Auslieferung eines Exemplars des abgeschlossenen Vertrages, um uns über die herumschwebenden Gerüchte zu vergewissern. Der Oberbürgermeister Dr. Lufaschet sandte uns daraufhin folgendes Antwortschreiben:

Hindenburg, den 18. Juni 1928.
Auf das Schreiben vom 8. Juni 1928
betreffend Gaslieferungsvertrag

Die Stadtverordnetenversammlung hat keinen Anspruch darauf, den Text des vom Verbandsgaswerk abgeschlossenen Vertrages einzusehen. Die Vertraulichkeit des Vertrages muß im Interesse der Stadt auch unbedingt gewahrt werden; deshalb ist das Ersuchen der kommunistischen Fraktion abgelehnt worden.

Lufaschet.

Diese Antwort zeigte uns, daß doch an den Gerüchten was Wahres sein muß, weil man mit den Dingen hinterm Berge hält. Hier liegen in unseren Bemühungen, den Schleier über diese „im Interesse der Stadt liegenden Sachen“ zu lüften, nicht nach. Es gelang uns erst jetzt, in den Besitz einer Abschrift des abgeschlossenen Vertrages zu kommen. Als wir von dem Inhalt des Vertrages, „das Interesse der Stadt muß gewahrt werden“, Kenntnis nahmen, da war es uns klar, warum diese Haltung des Hindenburg Oberbürgermeisters. Der Vertrag ist zwischen der Preußag und den Kokswerken einerseits und dem Verbandsgaswerk G. m. b. H. andererseits am 2. April v. J. zum Abschluß gelangt. Dieser Vertrag bedeutet die Auslieferung der kommunalen Gasversorgung an die Privatkapitalisten.

Er eröffnet der Industrie die Möglichkeit der Zwangsnahme der Gasfernversorgung für ganz Oberschlesien. Der Vertrag ist die völlige Unterordnung der allgemeinen Interessen unter die der Kapitalisten. Für heute wollen wir einige Auschnitte aus dem Vertrage folgen lassen:

Paragraf 1 besagt u. a.:
„Der Gaswerk verpflichtet sich, während der Dauer des

Vertrages alles von ihr über die im eigenen Betriebe im Gaswert Hindenburg erzeugte Gasmenge hinaus für eigene Zwecke oder für den Absatz an Dritte benötigte Gas von der Gemeinschaft zu beziehen und eine Erweiterung der eigenen Gaserzeugung während der Dauer des Vertrages nicht vorzunehmen.“

Die Bezeichnung „Gemeinschaft“ ist vertraglich für die Preußag und die Kokswerke festgelegt worden. Der Vertrag ist auf dreißig Jahre abgeschlossen worden. Statt Ausbau des Verbandsgaswerks bestimmt der Vertrag, daß auf 30 Jahre eine Erweiterung der Anlagen nicht erfolgen darf. So sieht die Förderung der kommunalen Gasversorgung aus.

Nach Paragraph 4 garantiert das Verbandsgaswerk der „Gemeinschaft“ die Abnahme von jährlich 8 Millionen Kubikmeter Gas. Soweit diese Menge innerhalb eines Jahres nicht abgenommen sein sollten, hat das Verbandsgaswerk für die bis zu 8 Millionen Kubikmeter nicht abgenommenen Mengen eine Entschädigung von RM. 0,008 je Kubikmeter zu zahlen. Nicht genug, daß durch die Abnahme von Gas die Industrie ein Geschäft macht, muß an sie bei geringerer Abnahme eine Geldstrafe entrichtet werden, die bei der Berechnung des Verbraucherpreises durch das Verbandsgaswerk einkalkuliert wird und die kleinen Leute durch höhere Preise blechen müssen. Eine sehr „feine“ Preispolitik will man auf dem Rücken der kleinen Verbraucher betreiben.

Der Paragraph 9 gestattet der „Gemeinschaft“ die Abgabe von Gas an ihre Teilhaber und an Großabnehmer, und die Städte genehmigen die Leitung eigener Rohrleitungen auf kommunale Gebiet, in Straßen, Plätzen usw. Damit ist der Industrie Tür und Tor geöffnet worden, die Gasfernversorgung in die Hand zu nehmen. Die Genehmigung der Städte zur Leitung von Leitungen durch die „Gemeinschaft“, wie es im Vertrage heißt, ist durch die kommunalen Körperschaften, Magistrat wie Stadtverordnetenversammlung, nicht erfolgt. Diese Umgehung der Körperschaften durch die Oberbürgermeister der Städte Hindenburg und Beuthen ist ein Standfuß, der seine Entsprechung in der kommunalen Selbstverwaltung, wenn man von einer solchen noch reden kann, suchen muß.

Die weiteren Paragraphen schaffen noch allerlei weitere Vergünstigungen für die Industrie. Der Vertrag ist vom Oberbürgermeister Lufaschet, dem sozialdemokratischen Bürgermeister Franz, dem Stadtrat Palm als Vertreter der Preußag, dem Direktor Krutz von den Kokswerken und anderen unterzeichnet worden. Die Auslieferung der kommunalen Gasfernversorgung ist über den deutschnationalen Stadtrat Palm bis zum Sozialdemokraten Franz erfolgt. Dieser Vertrag, wo die Interessen der breiten Bevölkerung der Profitgier der Industrieharone geopfert werden, ist ein Schanddokument und muß die werktätigen Schichten zur Abwehr zwingen.

Für den Sozialdemokraten Franz, der Mitglied des Ausschusses der Preußag ist, standen die Interessen der Aktionäre höher als die der kleinen Leute. Neben dem Reaktionsär Lufaschet steht Franz in der Front der Entkommunalisierung städtischer Betriebe.

Zur Gaunkonferenz des KZB.

An alle Kameraden!

Die Reichsführerkonferenz, welche am 28. und 29. November in Berlin getagt hatte, nahm Stellung zur politischen Lage und unseren Aufgaben, wie sie bereits auf der 6. Reichskonferenz und dem 6. Weltkongreß der kommunistischen Internationale behandelt und festgelegt wurden.

In dieser Konferenz, welche nochmals Stellung nahm zur weltpolitischen Lage und unseren Aufgaben, wurde bei den verschärften Kriegsvorbereitungen und erhöhter Kriegsgefahr durch die Imperialisten die Wichtigkeit Obereschlesiens als Kriegsindustriengebiet gekennzeichnet.

In dem Kriege gegen die Sowjetunion, welcher von den Imperialisten auf Grund der Gegensätze, die sich nicht zuletzt ergeben aus dem Wachstum des Sozialismus, vorbereitet wird, will man das obereschlesische Proletariat verwenden. Alle Vorbereitungen werden getroffen, um den weißen Gard den Frontaufmarsch vorzubereiten. Das Anlegen von Flugplätzen in Kattowitz, Gleiwitz, Stefansdorf, bei Reife usw. zeigen deutlich, welcher Waffen man sich bedienen wird. Die Unternehmer der Großindustrie reiben sich bereits die Hände und können den Tag nicht erwarten, wo in ihren Betrieben wieder Kriegsmunition hergestellt wird. Alle Umstellungen in technischer Hinsicht sind bereits durchgeführt. Neue Maschinen, Vergrößerung der Betriebe, die eine schnelle Umstellung ermöglichen; Neubau von Betrieben in Oberschlesien, die im Kriegsfall eine bedeutende Rolle spielen werden. Alles dies zeugt von den erhöhten Vorbereitungen der Imperialisten zum Krieg gegen die Sowjetunion.

Gleichzeitig mit diesen Vorbereitungen werden alle Mittel angewandt, um die breiten Massen der werktätigen Bevölkerung Oberschlesiens für die Antisowjetfront einzufangen. Deutschnationaler, Zentrum und Sozialdemokraten und ihre sozialfaschistischen Schutz- und Wehrverbände, wie Stahlhelm, Landesschützen, Jungde, Reichsbanner, gehen auch hier als schärfste Gegner der Arbeiter in einer Linie vor. Die wildeste Hebe und Verleumdung, in der sich die Führungen dieser Organisationen gegen die Sowjetunion, gegen das revolutionäre Proletariat, gegen die KPD, sowie gegen die einzige Schutz- und Kampforganisation, den Roten Frontkämpferbund, zu übertreffen versuchen. Die Terrormaßnahmen, Provokationen und Schikanen gegen die Arbeiter, die von den Unternehmern gegen die Werktätigen im Betriebe, auf der Straße, unterstützt durch die Faschisten, durchgeführt werden; alles dies bedingt

die Mobilisation aller Schichten der Schaffenden unter Führung der revolutionären Kaders, von KPD und KZB, um den imperialistischen Krieg zu verhindern.

Alle Anstrengungen der sozialdemokratischen und Reichsbannerführer im Interesse der Bourgeoisie, dies zu verhindern, werden an der Frontlinie der breiten Massen scheitern. Immer mehr erkennt das Proletariat in den Laten und dem Handeln der KPD, sowie des Reichsbanners die verräterische Rolle dieser Führer. Schon lösen sich breite Schichten ehrlicher Arbeiter von diesen Organisationen. Schon lehren sie ihren Führern den Ruck. Schon reißt auch im obereschlesischen Proletariat die Erkenntnis, daß der von KPD, Zentrum und Reichsbanner beschrittene Weg ins weitere Verderben, ins weitere Elend führt.

Hier gilt es jetzt, besonders als Aufgabe des Roten Frontkämpferbundes, alle Kräfte anzuspinnen, um die breiten Arbeitermassen für den Kampf gegen den imperialistischen Krieg, gegen die Kriegsvorbereitungen, gegen weitere Verleumdung, gegen die verräterische sozialdemokratische und Reichsbannerführung, zum Schutz der Sowjetunion, zur Stärkung und Erweiterung der Roten Front zu gewinnen.

Die vor uns liegende Gaunkonferenz, die in allen Ortsgruppen sorgfältigste vorbereiten ist, wird sich mit diesen Aufgaben beschäftigen haben, um den Weg aufzuzeigen, den das Gesamtproletariat gehen muß, um die vor der Sowjetunion und dem deutschen Proletariat liegenden Gefahren zu beseitigen und die Vorbereitungen

des imperialistischen Krieges in Vorbereitungen für den Bürgerkrieg, für die letzte Auseinandersetzung zwischen Imperialismus und Proletariat bis zum vollen Siege der Werktätigen umzuwandeln.

Kameraden, schafft die Voraussetzungen!

Geran an die Arbeit. Arbeiter, kämpft mit der roten Front gegen Belagerungszustand, gegen Verbot des KZB.

Geraus aus den Wehrverbänden der Bourgeoisie!

Sinein in den Roten Frontkämpferbund!

Gleiwitz

Herunter mit der Wurft von der Stulle

Nach Gottes unerforschlichem Ratsschluß darf bekanntlich ein Katholik am Freitag weder Fleisch noch Wurft essen. Arbeiterkinder haben zwar nicht oft Gelegenheit, die Schnitten wurftbelegt zu essen, aber mitunter kommt es doch vor. Solche Tage werden dann von den Kindern als Feiertage betrachtet. Auch der Schüler Georg Kolander, der die Schule VI beim Konrektor Nieradzki besucht, hatte solch einen Feiertag, der zufälligerweise ein Freitag war. Ein anderer Schüler hatte davon Kenntnis und klautete dies dem Lehrer. Der, ein strenger Katholik, erlaubte sich daraufhin eine Tat, die in ihrer Ungehörlichkeit wohl einzig dasteht. Höchst eigenhändig wagte es der satte Herr, dem Jungen die Wurft vom Brot zu nehmen. Erst am Sonnabend bekam der Schüler seine Wurft, die natürlich nicht mehr genießbar war, wieder. Mit Recht verweigerte der Schüler die Annahme der Wurft.

Arbeiterkinder! Lernt hieraus! Geraus aus der Kirche, die herartige verschrobene Ansichten propagiert! Erkämpft euch eine Schulform und einen Lehrkörper, der den Interessen eurer Kinder Rechnung trägt!

Ein voller Erfolg war das Winterferienfest des Verbandes für Freizeiterkennung und Feuerbestattung. Das gesamte Programm entsprach dem Kampfscharakter des Verbandes. Die Feier wurde wirksam unterstrichen durch Musik, Gesang und Rezitationen. Am Ende der Feier fand eine Einbestellung der konfessionslosen Kinder statt.

Hindenburg

Die Stadt des „Netters“ marschiert!

Vom Preussischen Statistischen Landesamt sind soeben die Erhebungen über Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle in den preussischen Großstädten im September 1928 veröffentlicht worden. Hindenburg hat auf allen Gebieten der Lebensbewegung höhere Zahlen aufzuweisen, als es der Durchschnitt dieser Städte ist. So entfielen auf 1000 Einwohner 12,29 Eheschließungen bei einem Durchschnitt von 11,80. Die Höchstzahl hatte Duisburg mit 14,72, die niedrigste Münster i. W. mit 8,37. Die Geburtenziffer übersteigt mit 24,78 den Durchschnitt von 17,77 und steht unter allen Städten an zweiter Stelle. Die Höchstzahl hat Hamburg mit 28,98 in diesem Monat erreicht. Auf 1000 der Bevölkerung kommen 13,72 Gestorbene, immerhin mehr als der Durchschnitt, der 10,74 beträgt. Die Höchstzahl hat schon seit Monaten Halle a. S. mit 17,32, die niedrigste Sterbezahlszahl hat München a. M. mit 7,28. In der Säuglingssterblichkeit ist jedoch eine anhaltende Besserung zu verzeichnen. Wir haben auf 1000 Lebendgeborene nur 13,1 Sterbefälle im 1. Lebensjahr gehabt. Der Durchschnitt beträgt 35, die Höchstzahl hat mit 18,8 Halle a. S., die niedrigste Zahl Hamburg mit 4,3. Jedenfalls ist Hindenburg, das lange Zeit in dieser Rubrik an erster oder zweiter Stelle stand, noch immer eine der wenigen Städte, die mehr als 10 Prozent Säuglingssterblichkeit aufzuweisen haben. Der Geburtenüberschuß beträgt trotzdem 11,05, also beträchtlich mehr als der Durchschnitt, der 7,02 beträgt.

Verkehrskampfen an der Kochmann-Gasse

Der außerordentlich rasche Wagon-, Auto- und Passantenverkehr, der sich in der letzten Zeit an der sogenannten Kochmann-Gasse (gegenüber dem Stadthaus 8) entwickelt hat, veranlaßt die Anbringung einer Ampel. Die Verkehrsregeln erläßt inzwischen eine Anordnung, in der es heißt: Es bedeutet: rotes Licht = Halt, gelbes Licht = Achtung, grünes Licht = freie Fahrt. Auf das Gelbes („Achtung“ (gelbes Licht) machen sich die Fahrzeuge der bisher gesperrten Richtung zum Anfahren fertig. Die Fahrzeuge der bisher freien Verkehrsrichtung haben mindestens 20 Meter von der Kreuzung entfernt zu halten. Soweit sie sich bereits auf der Kreuzung befinden, ist diese schnellstens freizumachen. Auf das Gelbes („freie Fahrt“ (grünes Licht) wird der Fahrverkehr geradab und rechts abbiegend ungehindert freigegeben. Fahrzeuge, die nach links abbiegen wollen, haben hierbei besondere Vorsicht walten zu lassen, da zunächst von dem sonst notwendigen Verbots des „Linksabbiegens“ abgesehen werden soll.

Oppeln

Die Rache der Frau Staatsanwalt

Wie eine Bombe schlug es bei der Frau Staatsanwalt Scholz auf dem Friedrichsplatz ein, als wir ihre Manieren mit dem Trinkgelächter veröffentlichen. Das hatte die seine Dame doch nicht erwartet. Sie hielt es einfach in der Ordnung, daß Dienstmädchen ihren Kaffeekeißel bezahlen. Wie diese „gnädigen“ Leute halt sind, wollen sie die Wahrheit über sich selbst auf keinen Fall bulden. Was sie verdrängen, soll ganz in der Ordnung sein, ein geringes Bezahlen eines Proletariats aber muß natürlich gesühnt werden. Selbst die an den Tag gebrachte Wahrheit über eine Frau Staatsanwältin bedarf der Sühne. Das Dienstmädchen bei der Frau Staatsanwältin muß also jetzt zahlen. Nach unserer Berufsrichtung wurde sofort der ungeschuldigen Dienstmädchen gekündigt. Frau Staatsanwältin ist aus dem Häuschen geraten. Der Herr Staatsanwalt will aber noch großzügig sein, und kündigt erst für den 15. Januar. Noch ein „nettes“ Stüdchen erlaubte sich diese seine Familie. Zu Weihnachten, am „Fest der Liebe“, wurde das Dienstmädchen noch mit einigen Kleinigkeiten beschenkt. Wenige Stunden später erwiderte man in der „Arbeiter-Zeitung“ nun kein Kontret. Zu spät! Nun hat das Kolb seinem Schlichter noch das Messer gegeben. Frau Staatsanwältin Scholz verlangte daraufhin von dem Dienstmädchen das Weihnachtsgeschenk zurück. Dieses Verlangen betraufte Frau Staatsanwältin damit, daß sie ein gefälliges Recht dazu habe. Es muß ein sonderbares Gesetz sein, das solchen zulassen würde. Das Weihnachtsgeschenk ist doch nichts anderes als ein Ausgleich für den geringen Lohn. Erhält man nun in elender, heuchlerischer Form diesen „Lohnausgleich“ als Weihnachtsgeschenk, so soll noch ein Gesetz nach Ansicht der Frau Staatsanwältin bestehen, wonach das zurückverlangt werden kann. Prolet! So Reht also die seine Gesellschaft aus!

Freizeitübungs zur Revolution!

Das zehnährige Bestehen der KPD gab auch der noch nicht so alten Ortsgruppe Oppeln Anlaß, Parteigenossen und sympathisierende Klassenbewusste Arbeiter zusammenzurufen. Ein gefüllter Saal saugte davon, daß Parteigenossen und Arbeiter fest mit ihrer Partei, der Führerin des Proletariats, verwachsen sind. Genosse Artur Damschewski-Breslau, ein guter Kenner der Geschichte der schlesischen und obereschlesischen Arbeiterbewegung, war als Referent erschienen. Wohl jedem verständlich und eindringend konnte der Referent ein gutes Bild der Geschichte geben und gleichzeitig die heutige Entwicklung und Arbeit der KPD aufzuzeigen.

Anschließend an das wirkungsvolle Referat wurde ein Stück der Rede Karl Liebknechts „Trotz alledem“ von einer Grammophonplatte übertragen. Geschlossen wurde die eindrucksvolle Feier mit der Aufrorderung, weiter fester die Reihen der KPD zu stärken und den revolutionären Klassenkampf zu führen bis zum Siege des Proletariats.

Freieren um die Arbeitslosenunterstützung

Es ist heute wirklich eine große Strafe, als Arbeitslose die „Genüsse“ des Arbeitslosenversicherungsgegesetzes auszuprosten. Erst muß man fünf, sieben und noch mehr Wochen warten, bis man in den „Genuß“ der Unterstützung gelangt. Ist es so weit, so setzt sich das Warten am Auszahlungstage fort, und zwar nicht mehr so lange, aber bis zwei Stunden draußen in der Kälte. Schon immer war das Auszahlen der Unterstützung ein Uebel; und von den verantwortlichen Arbeitsamtsgewaltigen wurde zu einer fühlbaren Milderung nichts getan. Früher war es das Fräulein Höfer, jetzt ist es der Herr von Foltow, der die ausgemergelten Arbeitslosen um ihre paar Pfennige freieren läßt.

Eine Milderung wäre durchaus möglich durch die Bereitstellung eines dementsprechenden Raumes oder durch eine andere Einteilung, und die Sache ist behoben. Das wissen diese Herren, die schön warm in ihren Zimmern sitzen, tun aber zur Abstellung der Mißstände nichts.

Wir fordern sofortige Abstellung dieser Zustände!

Arbeiter, Tschänen zu!

Präsident Kubis schied wieder seine Gefellen sichten. Ab 1. Januar beginnen wieder die berühmten Pöhlenden. Das ist für die katholische, nimmermüde Kirche die größte Sammeltage. Besonders gern werden von den Vertretern der Kirche die Arbeiterwohnungen besucht, und unter allerlei Hohlversprechen den Arbeitern ihre sauer verdienten Groschen abgenommen. Selbst die Arbeitslosenfamilien werden nicht verschont. Arbeiter, Arbeiterfrauen, Tschänen zu!

Freizeiterkennung. Am vergangenen Sonntag fand nach längerer Zeit wieder einmal eine Freizeiterkennung der Freizeiterkennung. Zum ersten Tagesordnungspunkt sprach Gefinnungsfreund Girndt über die „Religiösen Sitten und Gebräuche bei den Wälkern im Wandel der Zeiten“. Im nächsten Tagesordnungspunkt behandelte der Vorsitzende der Ortsgruppe, Eitke, die Verhandlungen über das Konkordat und die Auswirkung dieser kirchlichen Fesseln auf die Schule. Ebenso ging er auf die Spaltungstendenzen, die vom Konkordat ausgehen, ein und erwähnte die Ungültigkeit der letzten Generalversammlungsbeschlüsse.

Pollzeipräsidenten umgezogen. Ab 3. Januar befinden sich die Diensträume des Polizeipräsidenten nicht mehr Malapaner Straße, sondern Sternstraße 18.

Frundstücke. Am Frundbüro (Kathaus, Zimmer 5) sind in der Zeit vom 22. bis 28. Dezember v. J. als gefunden abgegeben worden: 2 Damenhandtaschen, 1 Paket mit mehreren neuen Kinderbüchern, 1 Herrenschuh, 1 Paket mit neuer wollener Wäsche und Stoffen.

Gammelergebnis der JAG.

Für die Aufrbeiter:
Bis jetzt gemeldet 397,72 M.
Ortsgruppe Kreuzburg 2,50 M.
Von Gleiwitz 100,00 M.
500,22 M.

Die restlichen Sammelisten müssen an das Landesekretariat eingesandt werden, damit die Endquittung erfolgen kann.

Für die Werftarbeiter:

Bezirk der JAG 50,00 M.
Ortsgruppe Oppeln der JAG 60,00 M.
Aus Hindenburg ein Lebensmittelpaket.

Weitere Sendungen sind an folgende Adressen zu schicken: Internationales Arbeiterhilfs- und Hilfsamt, Kaiser-Wilhelm-Strasse 54, 56

Vereinigte Theater
Lobe-Theater
Freitag, den 4. 1.
20.15 Uhr
Olympia

Thalia-Theater
Von Samstagabend, d. 29. 12.
bis Freitag, den 4. 1.
täglich 20.15 Uhr
Einen Lux will er sich machen

Brennholz
Schwarten u. Säumlänge
gibt laufend bei Selbstabholung billig ab
Dampfsägewerk Breslau 10, Verläng. Niedergasse

Benanntmachung von Breslau
Im Januar 1929 und an die Stadt.
Steuerkassen zu entrichten:

- Bis zum 7. Januar**
 - Schulgeld für Januar 1929
 - Hundsteuer für Jan. März 1929 in bisheriger Höhe
- Bis zum 15. Januar**
 - Staatliche Grundvermögenssteuer für Januar 1929 in bisheriger Höhe für alle Grundstücke, die nicht dauernd land- oder forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Zwecken dienen
 - Erhöhter Gemeindefachschlag zur staatlichen Grundvermögenssteuer für Januar 1929 mit 285 v. H.
 - Erstes Drittel der Nachzahlung des Gemeindefachschlages zur staatlichen Grundvermögenssteuer für April bis Dezember 1928 infolge Erhöhung dieses Zuschlages von 250 auf 285 v. H. (9. 35 v. H.) = 105 v. H. des

Monatsfaches der staatlichen Steuer.
Es sind also insgesamt an Gemeindefachschlag im Januar 1929 390 v. H. des Monatsatzes der staatlichen Grundvermögenssteuer zu entrichten.

- Hauszinssteuer für Januar 1929
- Kanal- und Müllabfuhrgebühren für Januar 1929 in bisheriger Höhe.

Bei verspäteter Zahlung sind die gesetzlichen Verzugszinsen (10 v. H.) zu entrichten. Im Falle der Mahnung und der Zwangsvollstreckung treten hierzu noch die nach den gesetzlichen Bestimmungen zu berechnenden Gebühren.

Breslau, 30. Dezember 1928
Städtische Hauptsteuerkasse.

PEUVAG
Wir empfehlen unsere
Buchdruckerei
zur Anfertigung von
Briefbogen und Rechnungen
Preislisten, Werken aller Art
Programmen, Einlasskarten
Flugblättern und Plakaten
bei aller niedrigster Preisberechnung
Spezialität: Massenaufträge

PEUVAG
Papier-Erzeugungs- u. Verwertungs-
Akt.-Gesellschaft. Berlin
Filiale Breslau
Trebniitzer Str. 50 :: Telefon 23837

Emil Schmelz
Kurz-, Weiss- u. Wollwaren
Breslau 6
Friedrich-Wilhelm-Straße 25
Große Auswahl - Billigste Preise

Schauspielhaus
Operettenbühne - Tel. 36300
Täglich 20 Uhr:
Quelle und ihre Freunde

Masken
und Theater-Kostüme
neu u. preisgekauft - verleiht billigst
Groß- u. Einzelhandel
H. Wiersing
Breslau, Messergasse 30
Am Neumarkt - Tel. 21644

Sie verdienen
Sie täglich
10 Mark
mit Schnürsenkel
Nur persönl. kommen
Reste
in Serge, Kille, Seiwand, Aermelfutter, Rohhaar, Garn, Knöpfe, Kerseife, Erdal, alles sehr billig prima Ware
Detail- und Engros
Berth. Lippert
Breslau
Feierstraße 16
Filiale: Oberstr. 17
Weißberggasse 43

Stadt-Theater Breslau
(Opernhaus)
Mittwoch, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie G 9
Der Legende Holländer
Donnerstag, 20 Uhr
Der Barbier von Sevilla
Freitag, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie H 9
Schwanda, der Dabelfachseifer
Sonntag, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie D 9
Das Rheingold
Sonntag, 15.30 Uhr
Nachm.-Vorstellung zu ermäßig. Preis. (Gr. 2.)
Der Waffenschmied
Sonntag, 19.30 Uhr
In Neuinszenierung
Figaros Hochzeit

Möblierte und unmöblierte Zimmer
für alleinstehende Ehepaare ohne und mit Kindern sowie
Schlafstellen zur kostenlosen Vermittlung gesucht.
Angebote mit Preisangabe an
Fürsorge für Wohnungsbeschaffung
Diagonalfstraße 1-3.

Inserate in unserer Zeitung haben größten Erfolg

Pfandleihhaus Grundmann
Breslau, Trebnitzer Str. 21
Beleihung v. Anzügen, Wäsche und Schmucksachen

Nachstehende Ausgabe bestellen der „Arbeiter-Zeitung“
nehmen Abonnementsbestellungen entgegen

Alt-Röbersdorf: Richard Dorn.
Alt-Warthau: Martin Gehner.
Alt-Röffig: Robert Wittig, Eiedlung 4
Altmasser, Anna Zimmermann, Breslauer Straße 42
Bielefeld: Luersbach.
Biesdorf: Gustav Elsner, Hausdorf Nr. Waldenburg.
Bittlers: Paul Pümpfel, Grünhübel.
Brodau: Erich Schöper, Breslauer Straße 11.
Broschendorf: Ernst Kiebel.
Brieg, Bernhard Janzich, Reuhäuserstraße 15
Bollenhain: Erich Ueberjäger, Bergstraße 23.
Böhrenseifersdorf: Traugott Pazina, Bruchhaus.
Borganie, Rik Mettlan, Robert Hoffmann.
Bunzlau, Beria Hoffstein, Oberstraße 14
Carlowitz: Kolberg.
Cesl b. Breslau: Herbert Gohlitz.
Cesl bei Sprotta: R. Rothenburg D.-L.: P. Finster.
Cammels: Robert Cerkle.
Dagdorf: Gustav Neumann.
Deutsch-Lissa, Joseph Wittel, Bahnhofsstr. 5.
Deutsch-Lissa, Karl Garbe, (Görl. Land) Nr. 61.
Dittersbach: Paul Rudolph, Lutherstraße 20.
Freiburg: Josef Grudaka, Subenau 4.
Friedland: Hermann Spalling, Ring 34.
Friedberg a. C.: Paul Baumert, Friedrichstr. 107.
Fellhammer: August Müller.
Frankstadt: Wilhelm Freitag, Markt 19.
Frankenstein: Ernst Jenich, Neue Straße 4.
Groß-Röbersdorf: Hermann Böhm.
Güldenbach: Paul Neumann.
Görlitz: Erwin Dengler, Lunitz 6.
Görlitz: Alfred Elsner, Nr. 293.
Görlitz: Alfred Straffe, Hauptstraße 24.
Gottesberg: A. Mohrholz, Bahnhofsstraße 7.
Grätzendorf: Otto Reich, Gerberstraße 11.
Grünberg: Christel Robens, Jülichauer Straße 7.
Grünau: Robert Küder, Nr. 228 a.
Glogau, Alfred Kordylot, Hohenzollernstraße 1
Goldberg, Paul Döring, Eilzerstraße 8.
Gollhas: Rudolf Holz.
Grünhübel: Paul Pümpfel.
Grünlich, Kreis Bunzlau, Paul Edelmann.
Hundsfield, Gustav Gintler, Weigelsdorfer Straße 7
Harpersdorf Nr. Goldberg: Paul Heintze.
Hanslow, Post Hennigsdorf: Karl Emma II.
Häselitz: Oswald Franke, Nr. 63 a.
Hartau: Hermann Rosen.
Ober-Hermisdorf: Marie Klose, Nr. 40.
Hermisdorf a. A.: Paul Schneider, Mühlweg 38.
Hermisdorf u. A.: Gustav Eßer, Sarmbrunner Str. 47.

Hohenriedeberg, Paul Brona, Nr. 79.
Halbau: Paul Arnold, Pohlstraße 8.
Händrich bei Wanschen, Friedrich Wuttke.
Hirschberg: Ida Hirschke, Erdstraße 43.
Hirschberg-Cunnersdorf: A. Berger, Dorfstr. 147.
Hausdorf, Nr. Waldenburg: Gustav Elsner.
Henriettentente: Gottfried Erntke, Hauptstraße 7.
Herrnprossch: Emil Kühn.
Hainbach: Hermann Bödel.
Hannau, Paul Wiener, Liegnitzer Straße 11.
Häselndorf: Schmarzer.
Jauer, Marie Sendorf, Alfauer Straße 27.
Klein-Mochern: Langer, Eiedlungshaus 1.
Klein-Gandau: A. Gebauer.
Kie n. Tschansch, Frau Wieda.
Konradswaldau: Warton.
Konradsthal: Richard Schuberl.
Kallhaus, Gustav Wille, Jauer, Weberstraße 6
Königszell: Waute Kloss, Feldstraße.
Kritzen: Paul Feiler.
Krausitz: R. Sieber.
Krausendorfer: Hermann Weiß.
Krausenu: Wieremisch.
Krojanau: Marie Sophie Gustav, Hannauer Straße 12.
Lejschitz bei Görlitz: A. Bothe, Köpfer Straße 4.
Langenöls: Anna Häbel.
Lauba, Nr. 1, Kaugere Gölitzer Straße 1.
Lehmwasser Nr. Waldenburg: Franz Wenzel, Nr. 44.
Langwäldersdorf: Richard Hoffmann.
Liesau: Josef Burghardt, Trautenauer Straße 78.
Landschat: Wilhelm Bräuner, Friedrichstr. 12.
Löwenberg: Paul Winkler, Blücherstr. 1.
Liegnitz: Paul Kubat, Ritterstraße 9 II.
Lüben: Paul Paich, Schlichthof Nr. 5.
Mütsch: Walter Chotewitsch, Partsch-Vorkastl.
Münsterberg: Anna Zimmer, Junkernstraße 4.
Mittel-Langenöls: Anna Häbel.
Mühlhain: Bruno Walter, Markt 101.
Müllersdorf: Emil Poppe.
Neuhädel Bez. Liegnitz: G. Steller.
Neulich b. Breslau: J. Jagusch, Breslauer Str. 48.
Neumarkt: Heinrich Glaff, Junkernstraße 1.
Neu-Edersdorf h. Niesitz: Fritz Schuberl, Heidestr. 17.
Nieder-Hermisdorf: Maria Wehel, Hüttenstraße 4.
Nieder-Schreibersdorf: Bernhard Bayer, Kirchstraße 20.
Nieder-Salzbrunn: R. Rauber, Waldenburger Str. 41.
Neurode: Helmana, Rungenborfer Lauben 71.
Neusalz a. d. O.: Hermann Scholz, Angerstraße 25.
Neuhof: Lindner.
Neu-Warzdorf: Richard Dorn.

Ehlau, Walter Böhm, Delfer Weg 8.
Oels: Gustav Scholz, Ohlauer Straße 61.
Ober-Salzbrunn: Heinrich Runze.
Ober-Hermisdorf: Marie Klose, Nr. 40.
Ober-Lieschen: Hermann Giesel.
Ober-Leutmannsdorf: Friedrich Langer, Nr. 47.
Peisterwitz: Josef Dudzich, Lindenstraße 13.
Preasitz: R. Neumann, Ring 76.
Peterswitz: Paul Bräuer.
Penzig, Max Stumpfe, Friedrichstraße 11
Petersdorf, Walter Hartmann, Gartenberg 7, Post Petersdorf
Primtenau: Max Paddel.
Petershain, P. Müda, Nr. Kolthens D.-L.: M. Barthel.
Quitzdorf: Wilhelm Klein.
Rauhsch, Alfred Kochert, Schwarzerweg 210
Rechenbach: Ernst Hampshire, Nr. 135 a.
Ruhbau: Wilhelm Unger, Nr. 1.
Reichenersdorf: Hermann Bönsch.
Reinswaldau: Alfred Höhn, Nr. 61.
Sa: Jerg, Rudolf Hobak, Hüttenstraße 4.
Seitendorf: Kolke, Dorfstraße 48 a.
Sagan: Richard Baczynski, Lazarettstraße 22.
Sadewitz: Ernst Wille, Sadewitz bei Canth.
Sophienau, Nr. Waldenburg, August Rombusch
Schwednitz: Beria Hennig, Kupfer Schmiedstr. 7.
Schönberg: Paul Queßer, Seidenberger Straße 41.
Schomberg D.-S., Viktor Michalla, Feldstraße 9.
Schöhdorf: Paul Gähner, Nr. 218.
Schmiedeberg: Christian Robens, Oberstraße 2.
Schwarzwaldbau, Josef Buchmann, Familienhaus 2
Schmiedsdorf: Karl Albrecht, Nr. 43.
Schwoitsch, Robert Ender
Schiedlogwitz: Josef Harttrumpf.
Sprottau: Richard Sanft, Lindenstraße 26.
Stabelwitz: August Barisch, Nr. 50.
Ströbel: Josef Engel.
Striegan, August Grindel, Schweidnitzer Straße
Steinau, Richard Wiede, Gartenstraße 16.
Steinowitz: S. Koppa.
Straupitz: Bürger.
Sachwitz bei Canth, Josef Harttrumpf
Strehlen: Josef Weinsch, Drehmer Straße 51.
Trautenau: Josef Weidlich, Gebirgsstraße 48.
Tschischdorf Nr. 77, Kirchstr.
Wüstenhof: Lehmann.
Waldenburg: Oskar Key, Weinrichstraße 12.
Weißkeim: Konrad Neumann, Hauptstraße 104.
Wüstenhof, Clara Gaim, Blumenau 61, Kreis Waldenburg
Zeichholz, Post Bernsdorf (Ob.-Laufl.), J. Halup.

Bentzen D.E.: A. Wojta, Kralauer Straße 21.
Bobrad: Franz Eitzel, Jülichauerstraße 2.
Boganzowitz, Nr. Kreuzburg D.E.: Franz Wlazel.
Bistupitz, Franz Wuttke, Bantterhof 9
Bortendorf D.-S., Kreis Liegnitz, Franz Ehrlich.
Cziffel bei Cesl D.-S.: Karl Roschy.
Cesl D.-S.: Emil Schurka, Schmiedestraße 2.
Dambrau Bez. Oppeln: Franz Hennen.
Dehsowitz: J. Schick.
Deutsch-Rastowitz: Bernhard Wotta, Bahnhofsstraße 5.
Deubitz-Hammer, Post Chronowitz: Johann Lipold.
Dombrowitz D.E., a. d. Ober: Binzent Jarosch.
Emilienhof bei Sogolin: Riestrow, Eitenbruch.
Friedland D.-S.: E. Grischel.
Friedrichsdorf Nr. Oppeln: Paul Janzich, 140 b.
Alt-Gleisitz: Emanuel Ogudla, Feldstraße 2.
Gleisitz: Michael Schimon, Barbarastraße 10.
Gleisitz-Zerbst: Adolf Pichlitz, Waldstraße.
Glogau D.-S., Post Löß: Johanna Rozygamba.
Gogolin: Robert Lejchniat, Bahnhofsstraße.
Görlitz: Walter Langer.
Gr.-Döbera, Nr. Oppeln: Maria Blacha, Kochstraße.

Groß-Strehly D.-S.: And. Dlugosch.
Hindenburg: Peter Eflorz, Schmiedestraße 5.
Hohndorf, Kreis Liegnitz: Karl Scherner.
Kamitz: Robert Langer, Nr. 68.
Karl: Johanna Banjara, Tarnowitzer Straße 18.
Kelsch D.-S.: Simon Jajca.
Krapitz D.-S.: Johann Nowel, Schmiedestraße.
Kreuzburg D.E.: Alfred Kuschel, Bohnstraße 3c.
Lamsdorf D.-S.: Emil Stein.
Lob. a. d. O.: Dyckhoff, Niepochütz D.E. 10, Post D.-S. nd.
Lomkowitz, Post Schönwalz, Nr. Kreuzburg, Franz Wenzel.
Mantowitz b. Ratibor, Ludwig Brandt Nr. 60.
Miltitzsch, Nr. Bentzen: Robert Magiera, Friedrichstraße, bei Remdaj.
Neuhof D.-S.: Theodor Bulla, Dominium.
Niederhof Nr. Gleisitz: Emanuel Garzortz.
Neuhof, Max Briz, Kirchstraße 29.
Reize: Hermann Krause, Königstraße 7.
Reudorf, Rgl. b. Oppeln, Erich Wokler, Oppelner Str. 9
Oppeln: Rochus Piekup, Krütereier 30.

Waldenau, Waldemar Arndt, Ring 14.
Weiskretscham: Paul Wigle, Bahnhof 13.
Walschke: Julius Grischel.
Waltzsch: Paul Hante, Nr. 93.
Waltzsch: Ignaz Popella, Jungferstraße 12.
Sabine Nr. Falkenberg D.-S.: Bauer.
Sasowitz, Anton Klimek, Bergstraße B I.
Sawilau Nr. Ratibor: Johann Sluga.
Schnau Nr. Gr.-Strehly: E. Wroß.
Schmiedschow D.-S.: Josef Romal.
Schomberg D.E.: E. Schyblowski, Verbindungsweg 1.
Schwiebena: Valentin Romal, Oberhof.
Tarnau, Kreis Oppeln: Johann Fidus.
Theresienhöhe, Post Willowitz, Kreis Falkenberg: Franz Pohl.
Twarlau bei Ratibor: Theodor Kupta.
Wachwitz, Nr. Rosenburg, Stefan Lijon.
Woinowitz Nr. Ratibor: Alexander Kruppel, Eiedlung.
Zaborz-Dorf: Bernhard Gwody, Dorfstraße 45.
Ziegenhals D.E.: Richard Rieger, Freimwaldbauer Str. 16.
Zilz: Max Goret, Klosterstraße
Zwadowitz: Franz Drzyzga, Palastina 128.